

Bezugspreis:

Für die erste Hälfte August 50000 M. voraus zahlbar. Unter Bezugnahme für die erste Hälfte August für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich und Luxemburg 64 000 M. für das übrige Ausland 75 000 M.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 10. August 1923

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postkontofonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Anzeigenpreis:

Die einseitige Anzeigenzeile kostet 30000 M. ...
Stellengeluche das erste Wort 6000 M. ...
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Die Forderungen der Arbeiter.

Hermann Müllers Programmrede.

Vorgestern hatten die Kommunisten ihre Reden gehalten, gestern hat durch unseren Genossen Hermann Müller das Gehirn der deutschen Arbeiterklasse zur deutschen Öffentlichkeit und zur Welt gesprochen.

Es wäre für den Redner der sozialdemokratischen Fraktion vielleicht nicht schwer gewesen, eine Rede zu halten, die das Reichskabinett zum Aufstehen gebracht hätte. Und sicher ist auch, daß eine solche Rede mit einer solchen Konsequenz den Gefühlen weiter Kreise der deutschen Arbeiterklasse durchaus entsprochen hätte.

Aus der unverkennbaren Tatsache, daß ein großer Teil der Arbeiterklasse in seiner berechtigten, an Verzweiflung grenzenden Erbitterung die Beseitigung der Regierung Cuno begrüßen würde, darf jedoch nicht die Schlussfolgerung gezogen werden, daß eine Regierungskrise in dem jetzigen Augenblick für die Arbeiterklasse segensreich wäre.

Nun hat die Regierung und mit ihr die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft unter dem Druck der Verhältnisse Steuervorlagen eingebracht, die sich selbst im Vergleich zu dem Finanzprogramm unseres Fraktionsvorstandes sehen lassen können. Diese Maßnahmen kommen zwar viel zu spät, doch sie kommen; sie sind zwar verbesserungsbedürftig, doch haben Regierung und bürgerliche Parteien bereits vorgestern und gestern im Steuerauschuß gezeigt, daß sie — im Gegensatz zu früheren Zeiten — sozialdemokratischen Anregungen zugänglich und nicht mehr darauf bedacht sind, jene verhängnisvolle Aushöhlung zu betreiben, die sich jetzt so furchtbar bitter gerächt hat.

Was die Massen der arbeitenden Bevölkerung in ihrer augenblicklichen, sehr bedrückten Lage empfinden und denken, hat Genosse Hermann Müller klar ausgesprochen. Klarer hätte es gewiß auch keiner gekount, der heute nach mitten im erregten Treiben der Betriebe steht. Er hat es aber wohl besser als mancher andere verstanden, das Denken und Empfinden der Massen in bewußte Formen zu kleiden und die politischen Forderungen zu formulieren, die sich daraus ergeben.

Sowohl in der Kritik der verhängnisvollen Politik der Reichsbankleitung wie auch in der Beurteilung der freieshaften, von der Regierung stillschweigend geduldeten reaktionär-separatistischen bayerischen Regierungspolitik hat es Müller an Schärfe nicht fehlen lassen, und ebenso deutlich war er, als er sich im Namen der gesamten Fraktion mit der Regierung Sachsens und Thüringens in dem von der Reichsregierung provozierten Streit durchaus solidarisch erklärte.

trumsführer Marx und der Volksparteiler Dr. Stresemann, haben in ihren Reden zum Ausdruck gebracht, daß sie die Schlussworte des Reichskanzlers ebenfalls so verstanden hatten, daß er sein weiteres Verbleiben im Amte von der Zustimmung des Reichstages zu den Steuervorlagen der Regierung abhängig macht.

Bon besonderem Interesse waren die Ausführungen Dr. Stresemanns, dessen Rede, weil er vielfach als der „kommende Mann“ angesehen wird, mit besonderer Spannung von allen Parteien erwartet wurde. Es ist schon das dritte Mal seit der Ruhrbesetzung, daß der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei in großen politischen Reichstagsdebatten das Wort ergreift.

Was den sonstigen Verlauf der Sitzung betrifft, so verweisen wir auf den Bericht, zumal Herr v. Rosenberg sich auf die Kunst beschränkte, in nicht vielen Worten möglichst wenig zu sagen.

Die Kommunisten verstehen, aus allem ein Theater zu machen, selbst aus der Not der Massen. Gestern erhob sich Koenen nach der Rede Stresemanns zu dem Antrag, die Rednerliste solle unterbrochen werden, um den aus den Betrieben erschienenen Deputationen Gelegenheit zu geben, in die Reichstagsverhandlungen mit eigenen Ausführungen einzugreifen.

Mittlerweile war ein Teil der von den Kommunisten in den Reichstag hineingelassenen Arbeiter in der großen Wandelhalle erschienen und es gab zwischen ihnen und den Journalisten lebhaftes Unterhalten. Und da muß gesagt werden, daß diese Arbeiter auf alle, die mit ihnen sprachen, den besten Eindruck machten. Das waren Menschen, denen die Not sichtbar auf die Nägel brannte, und was sie sagten, war so berechtigt und wahr — und so ohne alle Verschwendung von Kraftphrasen einfach und erschütternd vorgetragen.

Indes weiß jedermann, der nur ein wenig politisch zu denken gelernt hat, daß jede Organisation ihr Statut hat, und daß eine so wichtige Körperschaft wie der Reichstag erst recht für seine Verhandlungen streng geregelte Formen braucht. Und daher kommt es, daß im Reichstag nur diejenigen reden können, die dazu gewählt sind.

Im Regierungsrat Reichskanzler Dr. Cuno, Außenminister von Rosenberg, Wirtschaftsminister Becker, Ernährungsminister Dr. Ruiter. Präsident Löbe eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß der Vorsitzende des Berliner Metallarbeiterverbandes Kluge gegen den kommunistischen Abg. Koenen, und der Vorsitzende des Rheinischen Verbandes, Glag, wegen Beleidigung gegen den Abg. Müller (D. Völk.) erhoben hat.

Abg. Müller-Franken (Soz.):

Die breiten Massen des deutschen Volkes sind heute in einer Not, wie sie in der meisten Zeit des Krieges nicht vorhanden war. Die Stimmung der Bevölkerung ist infolge dessen im unbesiegbaren und besiegten Gebiet gleich erbittert. Es ist bezeichnend, daß es bisher noch niemand genügt hat, wie das sonst üblich war, diese Erbitterung auf Verheugung durch Agitatoren zurückzuführen; daß damit also die objektiven Ursachen dieser Erregung eigentlich allseitig anerkannt werden.

Die Politik der Reichsbank in der letzten Zeit trägt die Hauptschuld daran, daß der Spartrieb des deutschen Volkes entzündet worden ist.

Die Arbeiterklasse hat, was die Arbeitskraft angeht, den Beweis dafür geliefert, daß uns die Entente die Arbeitskraft nicht nehmen kann, und daß wir dieses Gut zu hüten haben. Messungen haben ergeben, daß in vielen Betrieben die Arbeitsintensität der Vorkriegszeit bereits wieder erreicht ist.

Wenn man davon spricht, daß der Ruhrkampf als ein Krieg zu bewerten ist, dann mußten auch in der Innenpolitik diejenigen Maßnahmen getroffen werden, die jetzt, nachdem man sechs Monate hat ins Land gehen lassen, getroffen werden müssen.

Auch unsere ganze Finanzgebarung trägt eine große Schuld an unserer Lage. Ich brauche nur daran zu erinnern, daß der Lebenshaltungssindex von 3816 im Mai auf 149 531 am Schluß der vorigen Woche gestiegen ist und daß in der vorigen Woche eine Verdoppelung dieses Index stattgefunden hat.

Denn in Frankreich hofft man immer noch, Deutschland zu schlagen und am Rhein einen Staat entstehen zu lassen, der auch militärisch unter die Kontrolle von Frankreich kommt.

Das ist zweifellos das Ziel der französischen Politik und nicht die Reparationspolitik. (Lebhafte Zustimmung.) Selbst wenn es den engstirnigen französischen Militärs und Politikern gelänge, ihr Ziel zu erreichen, so würde sich das eines schönen Tages bitter rächen. (Sehr richtig!) Denn die rheinische Bevölkerung läßt sich nicht enteignen. Und schließlich hat auch das deutsche Volk das selbe Recht zur Selbstbestimmung, das jedes andere große und kleine Volk für sich in Anspruch nimmt. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben die feste Zuversicht, daß es uns gelingt, die französischen Pläne abzuwehren. Das können wir nicht besser tun, als wenn wir bei jeder Gelegenheit beweisen, wie ernst es uns um die Einheit des Reiches ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich bedauere deshalb, daß in letzter Zeit in einem Teile von Deutschland sich wieder ein Partikularismus breit macht, den man nicht

für möglich halten sollte angesichts des Vorgehens der Franzosen im Ruhrgebiet. An dem, was wir in Bayern erleben, hat die französische Politik ihre beste Freude. Auch heute müssen wir uns wieder über das reaktionäre, unverantwortliche Vorgehen der bayerischen Polizei und der bayerischen Justiz beklagen, das geradezu Mörder züchtet. Ein verfassungstreuer Deutscher braucht nicht in das Ruhrgebiet zu gehen, um erschossen zu werden, das kann er auch in Bayern haben. Die bayerische Regierung hat bei den letzten Reichstagsverhandlungen nicht das geringste unternommen, um die Ausnahme-gesetze in Bayern aufzuheben. Trotz unserer Verhandlungen hier sitzt Fischenbach noch heute im Zuchthaus.

Wenn in Sachsen und Thüringen über den Bürgerkrieg geredet wird, so ist das doch kein Wunder, wenn man sieht, wie im Nachbarlande Bayern die bewaffneten Organisationen gegen Sachsen und Thüringen aufgebracht werden.

(Zurück rechts: Sowjetstern) Neben Sie nicht mehr vom Sowjetstern, nachdem Halenkrenz und Sowjetstern in immer intimeren Beziehungen zueinander kommen. Im Auftrage der Fraktion erkläre ich, daß wir die Haltung der sächsischen und thüringischen Regierung durchaus billigen, nachdem das Reich den an sich unerquicklichen Notenwechsel provoziert hat. (Beifällige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn zum zweiten Male ein Putzch oder Kapp-Putzch versucht werden sollte, so würde er auch ein zweites Mal abgeblasen werden. Aber die Erschütterungen würden vielleicht das staatliche Gefüge nicht mehr aushalten. Weil wir das staatliche Gefüge unserer jungen Republik gegen jeden Angriff sichern wollen, deswegen haben wir uns mit aller Energie stets gegen die rechtsradikalen Organisationen gewandt. Wo liegen denn eigentlich die Geldgeber dieser Organisationen? Zu Beginn dieses Jahres litt sie sehr unter Geldschwind. Nach dem Ruhrbruch floh ihnen das Geld im verstärkten Maße zu. Ist es nicht ein Skandal sondergleichen, wenn unsere charitativen Organisationen nicht wissen, wo sie das Geld hernehmen sollen, wenn Kronenheiler geschlossen werden müssen, während die rechtsradikalen Organisationen von Industrie und Landwirtschaft Geld, soviel sie brauchen, für ihr gemeingefährliches Treiben bekommen? Unerbittlich ist auch die Hege derjenigen Kreise, die das deutsche Volk in einen Krieg mit Frankreich hineinziehen wollen. Die Auslegung der Regierungserklärung über Sabotageakte durch die Reichspressen hat junge Leute immer wieder zu Attentaten und Gewalttaten veranlaßt. In einem Münchener Prozeß haben jugendliche Angeklagte vor ausländischen Richtern ausgesagt, daß sie das verwendete Dynamit in der Reichswehrkaserne zu Münster bekommen haben. Ich frage, ist das richtig? Eine Antwort und Richtfeststellung ist bisher nicht erfolgt, obwohl 14 Tage ins Land gegangen sind.

Die Lösung des Ruhrkonfliktes, die mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist, wird durch Sabotageakte noch erschwert. Die Debatte über den Ruhrkonflikt im englischen Oberhaus und Unterhaus war für die deutsche Sache gleich Null. Die Sozialdemokratische Fraktion war stets der Auffassung, daß England sich nicht von Frankreich trennen würde. England steuert noch immer darauf zu, die deutsche Leistungsfähigkeit durch einen Saperständigen-ausschuss prüfen zu lassen.

Die deutsche Politik muß sich aber darauf einstellen, daß demnächst die Reparationskommission, d. h. die Gesamtheit der Alliierten, sich wieder mit dem Ruhrproblem befassen wird.

Die Gefahr ist vorhanden, daß man uns ein Diktat aufzubringen versucht und uns außerdem mit einer Art Finanzkontrolle bedroht. Höchstleistungen zugunsten der Reparationen haben aber eine gewisse Freiwilligkeit zur Voraussetzung. Der Wille zur Befreiung vom fremden finanziellen Joch darf dabei nicht erlöset werden. Wir müssen vor allen Dingen jedoch zeigen, daß wir selbst zu leisten bereit sind und daß die bisher über Gebühr geschonten Schichten ganz andere Leistungen vollbringen als bisher. Die Garantie der Wirtschaft muß sich noch in dieser Tagung zu einem Gesetz predigen. (Zustimmung links.) Nur so können wir unsere Währung stabilisieren, unseren Staat in Ordnung bringen und gewisse Summen für die Reparation bereitstellen. Nur dadurch werden wir Vertrauen im Ausland gewinnen. Deshalb muß durch ein Gesetz die Hypothekbelastung der Landwirtschaft vorgenommen und Anteile der Industrie in eine Reichs-Treuhandgesellschaft übergeführt werden. Andererseits ist es nach der Ueberzeugung meiner Fraktion an der Zeit, von deutscher Seite aus einen Antrag auf

Zulassung zum Völkerbund

zu stellen. (Zustimmung links.) Wenn das Ausland wieder Vertrauen zu uns fassen soll, so darf aber vor allen Dingen dieser Reichstag nicht auseinandergehen, ohne Steuergesetze zu verabschieden, die die Notenpresse lähmen. Wie das Sozialdemo-

kratische Programm fordert, müssen gewisse Zusatzsteuervorlagen zu den Vorlagen der Regierung umgehend fertiggestellt werden, so ein Gesetz über die Lohnsummensteuer. Bei der Landwirtschaft verlangen wir dringend eine Roggensteuer. Mit steuerlichen Mitteln allein kann indes nicht geholfen werden; es ist unumgänglich notwendig, daß so schnell wie möglich eine neue Stützungsaktion einsetzt. Für diese Operation müssen gewisse Devisenbestände beschafft werden. Dabei darf auch vor einem Zwang nicht zurückgeschreckt werden, vor einer eidstattlichen Versicherung über die Devisenbestände. Daneben müssen wir den überflüssigen Import drücken, denn mit der unbeschränkten freien Wirtschaft kommen wir im Ruhrkampf nicht durch. Außerdem müssen wir zu einer

Änderung des Autonomiegesetzes der Reichsbank

kommen. Neben den Steuermaßnahmen, die wir sofort treffen müssen, muß ein wirklicher Umbau des Steuersystems vorgenommen werden. Wenn wir zu wertbeständigen Krediten und Steuern kommen, muß auch die Wertbeständigkeit der Löhne gesichert werden. Denn die Wertbeständigkeit der Entlohnung ist die Voraussetzung für die Sicherheit im Haushalt des einzelnen Arbeiters. Die Arbeiterschaft sieht sich nach geordneten Verhältnissen. Im Zusammenhang mit dem Finanzprogramm hat der Herr Reichstagspräsident gestern die Vertrauensfrage aufgeworfen. Wir sind nicht gegen das Finanzprogramm der Regierung; wir bedauern nur, daß es so spät gekommen ist. Zur Behebung der Mängel des Regierungsprogramms haben wir in unserem eigenen Finanzprogramm die Vorarbeiten geleistet, und wir werden zu jeder Regierung Vertrauen haben, die mit uns bereit ist, unser Finanzprogramm durchzuführen. Der Reichstag darf nicht auseinandergehen, ehe die zur Befriedigung der Bevölkerung notwendigen Gesetze verabschiedet sind. Im Artikel 1 der Verfassung heißt es: Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Enttäuschen wir das Volk nicht! Wir kennen seinen Willen, wir haben zu zeigen, daß wir die Volkstreue des Volkswillens sein wollen. (Beifälliger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

(Schluß in der Belloge.)

Finanzvorlagen im Reichstag.

Während der Plenarsitzung des Reichstages tagte der Unterausschuss des Steuerausschusses, um den Multiplikator für die Vorauszahlungen aus Einkommen- und Körperschaftsteuer festzustellen. Der Ausschuss kam schließlich dazu, an Stelle der 100fachen Vorauszahlung der Einkommensteuer und des 10fachen bei der Körperschaftsteuer nach der Vorlage das 400- bzw. 600fache zu setzen. Der Antrag der Sozialdemokraten hatte das 500- bzw. 700fache verlangt. Unsere Vertreter im Unterausschuss gaben ihre Zustimmung zu dem 400- bzw. 600fachen unter allem Vorbehalt.

Auf die Sitzung des Unterausschusses folgte eine Sitzung des Ausschusses. In dieser Sitzung wurden die vier Vorlagen der Regierung mit den Änderungen des Unterausschusses angenommen. Ferner wurde der neue Entwurf über das Lohnsummensteuergesetz angenommen. Auf Grund dieses Gesetzes ist die Industrie verpflichtet, sechs Monate lang von sich aus den 2½fachen Betrag der abgeführten Lohnsteuer zu zahlen. Ueber eine entsprechende Besteuerung der Landwirtschaft (Flächensteuer) kamen die Beratungen nicht zum Abschluß. Sie werden morgen vormittag fortgesetzt.

Die Finanzreform im Reichswirtschaftsrat.

Weitergehende Forderungen.

Der Finanzpolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats beriet gestern die ihm vom Reichsfinanzministerium vorgelegten Entwürfe des Gesetzes über die Erhebung eines Opfers für Rhein und Ruhr und eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes vom 9. Juli 1923 über die Erhöhung der Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer. Die Mehrzahl der Redner betonte die Ungünstigkeit der Gesetzentwürfe für die dringend notwendig gewordene Abkämpfung der Inflation. Der Ausschuss nahm die folgende Entschliessung Bernhard mit 15 gegen 5 Stimmen an:

„Der Finanzpolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats stimmt nur mit sehr schwerem Bedenken dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes vom 9. Juli

1923 über die Erhöhung der Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer und dem Entwurf des Gesetzes über die Erhebung eines Opfers für Rhein und Ruhr zu. Diese Bedenken richten sich wesentlich dagegen, daß die aufkommenden Beträge nicht einmal in der Lage sein werden, die laufenden Ausgaben zu decken und die Kosten für den Ruhrkampf aufzubringen. Sie schieden unumgänglich die notwendige Reform des gesamten Steuersystems und die wertbeständige Erhebung der Steuern hinaus.

Der Finanzpolitische Ausschuss glaubt nichtbedauerlicher als Hilfsmittel für eine Übergangszeit den Beschlüssen seiner Zustimmung nicht verweigern zu können. Er macht aber sein zustimmendes Gutachten davon abhängig, daß:

1. die vom Reichsrat festgesetzten Multiplikatoren für die Vorauszahlungen angemessen erhöht werden, so daß sie mehr der tatsächlichen Einkommenhöhe angeglichen werden,
2. eine bestimmte wertbeständige Sicherung des Zinsdienstes und der Amortisation der Goldanleihe des Reichs geschaffen wird,
3. die Reform der Steuergesetzgebung auf wertbeständiger Grundlage sofort in Angriff genommen wird.

Der Ausschuss gab ferner mit 9 gegen 6 Stimmen einer Entschliessung Beifall seine Zustimmung, die den folgenden Wortlaut hat:

„Zur Ergänzung der Steuermaßnahmen der Regierung erklärt der Ausschuss eine vorläufige Steuer für notwendig. Der Ausschuss schlägt vor eine Besteuerung der Unternehmungen im Industrie-, Handel- und Bankwesen in der Höhe der dreifachen Summe des von diesen Unternehmungen abgeführten Lohnabzugs. Für die Landwirtschaft ist eine Steuer in analoger Höhe zu erheben; diese ist als Flächensteuer in Roggenwert zu veranlagen unter Freilassung der kleinen Betriebe.“

In der Diskussion war mehrfach auf den Einfluß hingewiesen worden, den die Politik der Reichsbank auf die Gestaltung der Währungs- und Finanzpolitik gehabt hat. Die Mitglieder Dr. Bernuth, Hilferding, Bernhard legten dem Ausschuss die folgende Resolution vor, die einstimmig Annahme fand:

„Die Sicherung der Autonomie, mit der aus anderen Rücksichten die Reichsbankleitung umgeben worden ist, hat diese zu schweren Hindernissen für die von den Lebensinteressen der deutschen Wirtschaft erforderliche Neugestaltung der Währungs- und Finanzpolitik des Reichs gemacht. Der Finanzpolitische Ausschuss verlangt die schnelle Durchführung des vom Reichswirtschaftsrat empfohlenen Währungsprogramms.“

Die Auflegung der Goldanleihe.

Zeichnungsbeginn am 15. August.

Am kommenden Sonntag wird in der gesamten deutschen Tagespresse die Aufforderung zur Zeichnung auf die wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches veröffentlicht werden. Die Zeichnung selbst beginnt, wie jeht amtlich mitgeteilt wird, am 15. August, doch werden Voranmeldungen bereits jetzt von den deutschen Banken und Bankfirmen, Sparkassen und sonstigen Geldinstituten entgegengenommen oder an die Zeichnungsstellen weitergegeben.

Das Interesse für die Anleihe ist bereits sehr groß. Auf einer Tagung in Stettin haben die Vertreter der Girozentralen den Beschluß gefaßt, den angeschlossenen Verbänden und Sparkassen die Einrichtung eines Golddepotitenverkehrs auf der Basis der vom Reich auszugebenden wertbeständigen Anleihe zu empfehlen und für diese neue Geschäftart in weitestem Umfange Propaganda zu machen. Damit wird auch den kleinsten Sparern die Möglichkeit geboten, Ersparnisse wertbeständig anzulegen. Im übrigen ist aber auch die unmittelbare Beteiligung an der wertbeständigen Anleihe dadurch erleichtert, daß Stücke bis zu 1 Dollar herunter geschaffen werden.

Die neue Anleihe eignet sich in gleichem Maße zur dauernden Kapitalanlage wie zur vorübergehenden Anlage von Betriebsmittel und dergleichen. Für beide Zwecke in erster Reihe wegen der Sicherheit, die sie bietet, denn es haftet für die Zinsen und für die Kapitalrückzahlung die Gesamtheit der deutschen Privatvermögen. In der jetzigen Tagung des Reichstages wird sich die Reichsregierung ermächtigen lassen, für den Zinsbedarf der Anleihe Zuschläge zur Vermögenssteuer zu erheben und für die Rückzahlung des Kapitals, soweit erforderlich, die einzelnen Vermögenssteuerpflichtigen nach dem Verhältnis ihres steuerbaren Vermögens heranzuziehen. Ein besonderer Vorzug der Anleihe besteht darin, daß selbstgezeichnete Stücke von der Erbschafts-

steuer wieder befreit. Nun führte er das Leben eines gebietigen Irrfahrers, bis er schließlich, müde und gebrochen, in Bielefeld bei dem Grafen Wittgenstein eine letzte Zufluchtsstätte fand. Hier starb er in der Nacht vom 24. zum 25. April 1734.

Ein Präbden des okkultistischen Zeitalters. Sie hat uns wirklich noch gefehlt: die okkultistische Korrespondenz. Sie ist zweifellos ein dringendes Erfordernis. Und es ist unvermeidlich, daß einige deutsche Professoren, die an die denkenden Pferde und den rechnenden Hund und sonstigen glauben, Herrn Sief zu geben. Aber das, was gleich in der ersten Nummer den Zeitgenossen zugemutet wird, ist wirklich stark. Ein Prof. De sendet aus Coburg folgenden Bericht über einen Spuk ein, der sich bereits vor einer Reihe von Jahren ereignet haben soll:

„Ein Bewegungspheänomen eigener Art hat sich in Coburg am 11. April 1918 gegen 4½ Uhr in einer ruhig gelegenen Villa zugetragen. Es standen vor einem allertümlichen Schrank in etwa 1 Meter Abstand zwei Personen, eine andere sah. Auf dem Schrank standen auf Staffeln übereinander unten eine Porzellanfigur, oben eine 1¼ Pfund (1) schwere Glasvase von etwa 24 Zentimeter Höhe. Als die eine der Personen die Hand erhob — nach einer längeren Gesprächspause — begann die schwere Vase ohne irgendeinen Anlaß, ohne vorherige Erschütterung, sich etwa 10 Zentimeter über ihren Standort zu erheben. Sie neigte sich nach vorn auf die Person zu, berührte mit dem Rand die untenstehende Figur, rief diese mit sich und fiel mit ihr auf den Fußbodensteppich. Dort zerprangen beide in viele hundert kleine Stücke und eine ganze Saat von kleinsten Splittchen. Ein scharfer Schall wurde zugleich vernommen. Schrank und Personen und die ganze Umgebung waren während des Vorganges unbewegt. — Zu gleicher Zeit, um 4½ Uhr, hat sich in der tausend Meter entfernten Villa der Person, die die Hand erhob, ein von der Tochter des Genannten eben weggelegter Schürhaken auf dem Kochherd dreimal mit großem Geflapper von selbst um seine Achse gedreht.“

Wie gut, daß die wandernde Vase sich schon damals erhob (und daß es jetzt niemand mehr kontrollieren kann). Wer weiß, wie die Geschichte sonst auf den Dollar gewirkt hätte. Und wie gut, daß es in dem nunmehr bayerischen Coburg geschah. Man stelle sich vor, das besetzte Gebiet wäre der Schoupaß des ... Ja des Altentats gewesen. Was hätten die Franzosen daraus gemacht! Aber was das „Phänomen“ nun eigentlich bedeutete, das verrät auch die okkultistische Korrespondenz nicht. Sollte die kommende Glasperleuchtung oder gar der Ausgang des Weltkrieges damit angedeutet werden? Okkultisten an die Front, deutet uns die wandernde Vase!

In den Kammerpielen des Deutschen Theaters wird als nächste Neuheit „Fabrikant Leutner“, eine Tragikomödie von Max Kampner-Vogel, vorbereitet.

Prof. Paul Günter, der als Komponist und Violoncellist in der Musikwelt und in den Kreisen der Arbeiterländer gleich geachtete Künstler, veröffentlicht im Oberberg von A. Wilmers-Dresden, einen Männerchor: „An Bebel's Grab“, nach einer Dichtung von Edgar Steiger. Die wenig komplizierte Fassung der Stimmen ermöglicht auch kleineren Chören eine erfolgreiche Wagnung.

Befähigung der Landschaft durch Ingenieurbauten.

Die Notwendigkeit, unsere Wasserkräfte möglichst auszunutzen, hat zur Folge, daß die Bewirtschaftung der deutschen Gewässer zu einer Umgestaltung der Wasserläufe führt; außerdem drängen die dabei nötigen Großbauten und Anlagen großgewerblicher Betriebe in Gegenden ein, die bisher sich in ihrer natürlichen Eigenart unberührt erhalten konnten. Die Befähigung liegt nahe, daß dabei nicht nur einzelne Schönheiten von Kunst und Natur zugrunde gehen, sondern der Schutz der Naturschönheit in nicht wieder-gutzumachender Weise geschädigt wird. Von solchen Gedanken-gängen aus hatte der letzte Denkmalsfesttag in Stuttgart sich der Besprechung der deutschen Wasserwirtschaft in ihrer Einwirkung auf den Heimatsschutz gewidmet. Baurat Stiel kommt im neuen Heft der Zeitschrift „Denkmalspflege und Heimatsschutz“ darauf zurück.

Wer die Ruhebauten des In- und Auslandes in ihrem Zusammenhang mit der umgebenden Natur durchmuster, kann unschwer die Folgerung ziehen; Natur kennt keine körperlosen Linien, im Anfang alles schönheitlichen Bauens steht die Masse. Dabei werden eiserne Gitterwerke immer schwerer mit dem Naturbild zu vereinigen sein. Natur kennt ferner keine Geraden, überhaupt keine umgebenden einheitlich durchgeführten Linien, vor allem keine Diagonalen oder sonst hart und unvermittelt zusammenstoßende Linienverbindungen. Sie kennt keine unermittelten Gegensätze im Maßstab und in den Farben. Wo solche Züge auftreten, ist also auf Abhilfe zu sinnen. Sie kennt keine unbedeutenden Flächen. Deren Starrheit kann schon durch Betonung des Baustoffes und der gefunden, deren Handwerkskunst unter Verzicht auf losenlose Glätte und Sauberkeit entgegengegriffen werden, noch wirkungsvoller freilich durch Befestigung mit vorrückenden Gliederungen, Streifenwerk und dergleichen. Italienische alte Werkbauten können ebenso wie neue Gebäude aus Deutschland den belebenden Einfluß streng rhythmisch geordneter körperhafter Gliederung und die beruhigende Wirkung zeigen, die aus der mehrfachen Wiederholung der gleichen Form sich ergibt. Und die alten Speicherbauten bündigen ihres ungefügen, aus dem Maßstab der Umgebung fallenden Maße durch die Befestigung der gewaltigen Dachflächen mit zahlreichen kleinen Gaupen.

Eines der wichtigsten Themen im Landschaftsbild sind die Brücken. Dafür stehen uns manche Mittel nicht mehr zu Gebote, mit denen die alten Meister ihre Werke geradezu zu einem Schmelz der Landschaft machen konnten. Aber noch immer vermag man keine Brücken zu erschaffen, die mit ihrer Umgebung zu verschmelzen, wenn man sie nur mit den bodenständigen Werkstoffen und in der schlichten, gediegenen Weise des heimischen Handwerks herstellt. Und auch große gewaltige Brücken sind von den alten Meistern höchst reizvoll in die Landschaft gesetzt, z. B. indem sie die lange gerade Brüstungslinie mit einem bescheidenen Aufsatz, einem Heiligenbilde oder dergleichen brachen. Bei den eisernen Brücken läßt sich der Nachteil der Körperlosigkeit am ersten ausgleichen, wenn

die Linienführung des Ganzen einheitlich durchgeführt wird. Hier müßte die Umgebung an erster Stelle maßgebend für die Wahl der Brückenform sein.

Noch schwerer ist die Einpassung in die Landschaft bei den Land- und Wassertrassen. Leicht bemerke keine Hügel-landschaften werden in ihrem Reiz schwer beeinträchtigt, wenn gerade Kunststrassen von oft überflüssiger Breite sie durchschneiden. Wie hat man das Allgäu geschädigt, wenn z. B. die Strassenstreifen bei Hinderling die schönen Rundungen der Berghöhen zerschneiden. Anpassungen können viel mildern. Auch beim Verkehrsweg ist schon mancher schöne Erfolg erzielt. Und im Fabrikbau zeigt sich hier und da ein verständnisvolles Eingehen auf die Landschaft, ohne daß Spielereien von heimatkünstlerischer Art nötig waren. z. B. kann ein Schalthauschen der AEG, ohne Vordringlichkeit als Schmuckstück ein hübsches Dorfbild glücklich abrunden.

Ein deutscher Freidenker und Alchimist. (Zum 250. Geburtstag von Dippel, 10. August.) Unter den deutschen Pleisten, die im 18. Jahrhundert für eine tiefere Frömmigkeit und zugleich gegen den Kirchenglauben kämpften, nimmt Konrad Dippel eine hervorragende Stellung ein. Friedrich Rauchner, der in seinem letzten und bedeutendsten Werk, der „Geschichte des Atheismus im Abendlande“ im 3. Bande das Andenken dieses Mannes wiedererweckt, sagt von ihm: „Er war ein Individualist im verengsten Sinne des Wortes, wollte das menschliche Individuum von Kirche, Bibel und Religionsgeschichte befreien und erblickte gerade in dieser Freipolsterer das Wesen des Pleismus.“ Sein Leben stellt ein interessantes Zeitbild dar, und deshalb sei bei der vierterhundertjährigen Wiederkehr seines Geburtstages daran erinnert. Dippel, der am 10. August 1673 unweit Darmstadt geboren war, studierte zuerst Theologie, erregte aber mit seinen untrübsamen Predigten bald Aufstos und fiel auch durch seine lede Lebensweise als Galanthomme und anlehntlicher Studier auf. Aus Straßburg mußte er infolge einer der häufigen Studentenauferreien flüchten und wandte sich nun den aktuellen Wissenschaften der Chiromantie, Astrologie und Alchimie zu. Die Goldmacherei spielt bei ihm aber untergeordnete Rolle, eine große Rolle. Nachdem er durch verschiedene antikirchliche Flugchriften sich in seiner des ersten, stets geldbedürftigen Preußenkönigs berufen, nachdem soeben ein alchimistischer Schwindler, Graf Goetano, sein Versprechen, die leeren Kassen des verschwenderrischen Königs zu füllen, nicht gehalten hatte. Er lebte damals in Berlin auf großem Fuße und soll bei seinen chemischen Versuchen verschiedene nützliche Erfindungen gemacht haben. So gilt er für den Entdecker des Berliner Bleis. Natürlich war er viel angefeindet, aber nicht seine Alchimie, sondern sein Pleismus brachte ihn in Berlin zu Fall; er wurde gefangen gesetzt, durch die Vermögen seines Vaters, des Grafen Wittgenstein, befreit und floh nach Holland, wo er bis 1714 blieb. Dort machte er sich durch politische Schriften mißliebiger, siedelte nach dem damals dänischen Altona über, und hier wurde ihm wegen seiner antikirchlichen Schriften der Prozeß gemacht, indem man die feherischen Bücher durch den Henker verdrörrnen ließ, ihn selbst zu lebenslänglicher Gefangenschaft verurteilte. Von 1719 bis 1726 schmachtete er in der Feste Hammershus, wurde dann durch Wittgen-

Neuer befreit sind. Der Umsatz in der Ruhr kann sich ganz formlos vollziehen, da eine Börsenumsatzsteuer nicht erhoben wird. Zudem sind die Banken und Bankiers von der Finanzverwaltung gebeten worden, die Umsätze, soweit sie sich durch ihre Vermittlung vollziehen, mit einem möglichst niedrigen Provisionsfuß zu belegen. Der Zeichnungspreis ist mit 100 Proz. für ein 5proz. wertbeständiges Papier mit Sicherheiten ersten Ranges niedrig. Der Devisen einzahl, für den beträgt der Zeichnungspreis sogar nur 95 Proz.

Anhaltende Marktbesserung in New York.

Dollar 3,3 bis 3,5 Millionen Mark.

Nachdem schon vorgestern der Kurs der Mark an den Auslandsbörsen sich wesentlich besser gestellt hat, wurden gestern nach den hier vorliegenden Meldungen für 100 Mark 0,000028 bis 0,000030 Dollar gezahlt, was einem Kurs von 3,3 bis 3,5 Millionen Mark pro Dollar entspricht. In Berlin ist gestern der Dollar noch mit 4 3/4 150 Mark notiert worden. Die Besserung der Mark im Ausland ist also recht beträchtlich.

Marktbesserung auch in London.

London, 9. August. (T.M.) Die Notierung für die deutsche Mark erfuhr auf der heutigen Börse eine Verbesserung gegen gestern. Sie wurde mit 2 1/4 Millionen für das englische Pfund nominell notiert, doch waren die Käufe bei dieser Notierung gleich Null. Die allgemeine Stimmung auf der Börse war pessimistisch, was in einer weiteren Abschwächung der französischen und italienischen Franks zum Ausdruck kam.

Markverkauf ins Ausland verboten.

Eine Notverordnung des Reichspräsidenten.

Eine Notverordnung des Reichspräsidenten vom Donnerstag verbietet den Markverkauf ins Ausland. Es hat sich in den letzten Wochen gezeigt, daß große Summen von Reichsmark ins Ausland gelegt worden sind, um wesentlichen, um unter Verkauf an den Auslandsbörsen Einfuhrwaren, notwendige wie weniger notwendige, zu bezahlen. Dieses Angebot von Mark im Auslande hat den Kurs der Reichsmark auf stärkste beeinflusst und die Kurstätigkeit der Reichsbank empfindlich gestört. Durch die neue Verordnung wird für Beträge über den Gegenwert von 10 englischen Pfund hinaus der deutsche Kaufmann gezwungen, etwa benötigte Devisen im deutschen Geschäft zu erwerben und er soll gehindert werden, durch rücksichtslose Ausnutzung ausländischer Märkte für sich Vorteile zum Schaden der Gesamtheit zu erreichen.

Gewaltige Kohlenpreiserhöhung.

Steigerung um das 3 1/2fache.

Die Organe der Kohlenwirtschaft beschloßen gestern unter dem Einfluß der Lohn- und Materialpreiserhöhungen eine Kohlenpreiserhöhung um etwa 352 Proz. Der Bruttopreis für rheinisch-westfälische Fettsäurekohle wird sich hiernach von bisher 5 1/2 000 R. pro Tonne auf 23 267 000 R. erhöhen, und dementsprechend steigern sich die Preise für die anderen Kohlen. Die neuen Preise gelten ab 9. August bis Ende nächster Woche. Als dann wird eine automatische Anpassung der Kohlenpreise an die Lebenshaltungs- und Großhandelsindizes eintreten.

Die Verfassungsfeier.

Fackelzüge und Opernhaus-Veranstaltung abgefragt.

Die republikanischen Verbände, die am 11. August zur Befundung ihres Einkommens für die Verfassungsfackelzüge vor das Opernhaus planten, werden im Einverständnis mit dem Reichspräsidenten mit Rücksicht auf die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse von den Fackelzügen in diesem Jahr absehen. Der Reichspräsident hat aus gleichem Grunde auch die Abendveranstaltung im Opernhaus abgefragt, an die sich der Empfang der Züge anschließen sollte. Ebenfalls haben hierauf auch der deutsche republikanische Reichsbund und die angeschlossenen Verbände auf ihren Fackelzug verzichtet.

Die angekündigten großen öffentlichen Versammlungen finden jedoch unverändert statt und sollen zu großen Kundgebungen für die Republik und für die Erhaltung und Festigung der republikanischen Staatsform ausgestaltet werden.

Teuerungsdemonstration in Hagen.

Hagen, 9. August. (T.M.) Infolge der herrschenden Kartoffelnot kam es heute auf dem Wege vor dem Rathaus und in den anliegenden Straßen zu großen Demonstrationen. Eine nach hundert zählende Menge, zum größten Teil Frauen mit leeren Marktkörben am Arm, sammelte sich bereits in den Vormittagsstunden vor dem Rathaus an und verlangte die sofortige Herausgabe von Kartoffeln. Nachmittags wiederholten sich die Kundgebungen in verschärfter Weise. Kinder mit großen Schildern mit Aufschriften wie „Heraus mit den Kartoffeln!“, „Ihr Diebstahl, gebt uns zu essen!“, „Ihr Wucherer!“, „Hagen hungert mehr als ganz Deutschland!“ befanden sich in der Menge. Zu ernstlichen Ausschreitungen ist es bisher nicht gekommen. Ein von der Polizei verhafteter junger Mann mußte auf Verlangen der Menge wieder freigelassen werden. Ueber die Ursache der Demonstrationen erzählt die Zeitung, daß in den letzten Tagen in Hagen kaum eine Kartoffel aufzutreiben war. Auch einige Restaurants mußten ihren Gästen Reis statt Kartoffeln reichen. Um der Not zu steuern, hat die Stadtverwaltung mehrere Waggons holländische Kartoffeln zum Preise von 100 000 Mark für das Pfund angekauft mit der Maßnahme, sie für 60 000 Mark pro Pfund an die Bevölkerung abzugeben, und zwar werden 3 Pfund verabreicht. Die Stadtverwaltung ist auch bereit, die Hausfrauen nicht aufbringen zu können. Die Stadtverwaltung hat an Lesender Bedürftige Gutscheine über 3 Pfund Kartoffeln abgegeben. Der Preis soll dann beim Bohnenempfang verrechnet werden.

Die Notlage im Ruhrgebiet.

Münster, 9. August. (Gg. Draht.) Aus Anlaß des Waffensundes auf der Zeche „Hugo“ bei Buer haben die Franzosen über das in der Umgegend der Zeche gelegene Stadtgebiet von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens eine Verkehrsperre verhängt. In Cladde hat die Besatzung von der Stadt die Lieferung einer belgischen Fahne verlangt. Die Forderung ist abgelehnt worden. Die Franzosen beabsichtigen, die Zeche „Blasmar“ bei Gelsenkirchen in Regiebetrieb zu nehmen. Zur Sicherheit der Arbeiter sollen bei jeder Zeche deutsche Bürger mit der Besatzung aufgenommen werden. Neu besetzt sind zwei Schächte der Zeche „Jollern“. Auf der Zecheanlage Schöden bei Buer brannten die Franzosen am Mittwoch in das Maschinenhaus ein und besahen den Maschinenraum, Dampf einzulassen. Das Anfahren wurde abgelehnt, die Besatzung legte deshalb den Betrieb still, worauf die Besatzung in den Proteststreik trat. In Gelsenkirchen haben die in den bahneigenen Häusern

wohnenden Mieter von der Besatzungsbehörde die schriftliche Aufforderung erhalten, die fälligen Mieten an eine in dem Schreiben näher bezeichnete Stelle abzuführen. — Die allgemeine Verkehrsperre ist mit Ausnahme von Friedrichsfeld bei Wefel, wo die Sperre erst Donnerstagsmorgens um 8 Uhr einsetzte, seit der vorgangenen Mitternacht überall in Kraft getreten.

Die passive Resistenz der Bergarbeiter in den Bezirken Rülheim, Recklinghausen, Bottrop und Buer dauert unverändert an. In Rülheim haben sich die Thyssen-Werke, deren Arbeiter eine Vorkaufszahlung von zehn Millionen Mark forderten, der Bewegung angeschlossen. In Recklinghausen ist wegen Kohlenmangels infolge Streiks auf der Zeche „Ludwig“ ab Freitag die Einstellung der Gaszufuhr zu erwarten. Im Essener Bezirk haben die Belegschaften die Berrichtung von Notstandsarbeiten eingestellt und die Pferde aus der Grube geholt. Die Zeche Dahlhausen-Liesbau hat die Förderung für die Wasserwerke eingestellt. Zur Besetzung der Differenzen im Bergbau ist neben umfangreichen Maßnahmen zur Besserung der Ernährungslage die sofortige Anweisung ausreichender Geldmittel an die Zechen unbedingt erforderlich.

Die Krupp-Revision verworfen.

Paris, 9. August. (Eca.) Die von Krupp und seinen Mitangeklagten eingelegte Berufung ist vom Pariser Kassationshof verworfen worden.

Gleiche Brüder...

Wulle und Koenen Hand in Hand.

Das Wulle-Blatt hat noch nicht ganz in der Richtung Repentlow umgelernt. Es schimpft noch auf „Radel-Sobelsohn“ und vermutet doch, der im „Vorwärts“ veröffentlichte kommunistische Arbeitsplan wäre erfunden. Sollte er aber echt sein, so wurde er wahrscheinlich aus der Kapp-Zeit (!) stammen. Andererseits wäre es auch möglich, daß die jüdische Leitung der Roten Armee sich an Offiziere herannahen, die „jüdisches Blut haben oder jüdisch verisippt“ sind. Und so fort.

Aber so sehr man sich auch den Anschein gibt, als ob grimmige Feindschaft zwischen Sowjetstern und Halenkreuz bestehe, im Weiter über die Cuno-Rede kommt doch die Herzogsgemeinschaft der beiden esementar zum Durchbruch. Solcher Art ist das Urteil des Wulle-Blattes über den Kanzler Cuno:

Wir haben nicht Eile. Wir können warten. Bis die Leiche dieser längst toten Regierung vollends verwest ist. Dann aber werden wir da sein, zu retten, was noch zu retten ist.

Beim Bankrott.

Es war eine stürmische Sitzung. Die Worte des Kanzlers wurden jumeist durch die Kommunisten wie mit Keulen niedergemacht. Die Bürgermehrheit hielt sich ans alberne Sachen.

Es war auch der Tag für ihren Bankrott.

Es war der Tag des Zusammenbruchs. Seiner wäre mit Erschütterung zu denken, wäre es nicht so beschämend gewesen. Ein hilfloser bankrotter Kanzler. Eine hilflose bankrotte Regierung. Eine hilflose bankrotte Politik. Ein bankrotter Staat, der sich gerade anlehnt, Feste zu feiern. ...

Und ich sehe das Volk. Aber das Volk wird seine Fäuste halten. Wird die Fahnen der Empörung, des Hasses, der Rache schwingen: „Sie sind bankrott. Kommt! Führt uns!“

Unterzeichnet ist dieser Lobgesang auf den kommunistischen Reichstagsantrag mit den symbolischen Zeichen: „rr.“ Das soll augenscheinlich Radel-Krepentlow heißen. Sie sind allerdings berufen, das faustfehlende Volk zu führen, ins Paradies nach altrussischem Muster. Die einen machen Revolution, die anderen Pogromme. Und hinzeln sich freundlich zu als bekannte Figuren unter dem neuen deutschen Wappen, dem Halensowjetkreuzstern!

Ein edler Wettstreit.

„Vertrauliche“ Denkschriften und ihre Wirkung.

Vor einigen Tagen nahmen wir Notiz von dem Hilferuf, den der Aldeutsche Club zum „Ehrenschuß“ gegen Reinhold Wulle in die Welt sandte. Club hatte seinem völkischen Widerpart „vertrauliche Verleumdung“ vorgeworfen und hinzugefügt:

„Wer das Unheil kennt, das in den Jahren seit dem Zusammenbruch mit „vertraulichen“ Verleumdungen angerichtet worden ist, wird diese Auffassung teilen, zumal, da es keine gefährlichere Form der Verleumdung gibt, als die in solcher Gestalt auftretende.“

Darauf antwortet nun Wulle in seinem Selbsttät — nachdem er versichert, es würde ihm eine ganz besondere Freude sein, Herrn Club vor Gericht gegenüberzutreten — in seiner großschlüssigen Art:

„Das schreibt derselbe Herr Club, der seit Jahr und Tag im Aldeutschen Verbands durch eine derartige „vertrauliche“ Aufklärung politische Gegner unmöglich zu machen sucht. Das schreibt derselbe Herr Club, der nach meinem von ihm erzwungenen Rücktritt in einer „vertraulichen“ Denkschrift un wahr und widerlegbare Behauptungen gegen mich aufgestellt hat und diese „vertrauliche“ Denkschrift in vielen hundert Exemplaren wahllos im Lande verbreiten ließ zu dem Zweck, mich politisch kalt zu stellen. Das schreibt derselbe Herr Club, der gewissen Geheimorganisationen nahesteht, über die dieser Prozeß die nötige Aufklärung geben wird und die einen erbitterten persönlichen Verleumdungsflug gegen andere politische Führer veranstalten. Das schreibt derselbe Herr Club, dessen Freunde in einer noch bestehenden logenartigen Geheimorganisation, über die dieser Prozeß ebenfalls Auskunft geben wird, in einem der periodisch wiederkehrenden Rundschreiben von der „Wulle-Bewegung“ behaupten, sie stehe im Dienste des Judentums. Ich könnte die Aufzählung ähnlicher Verleumdungen beliebig fortsetzen, möchte aber dem mir persönlich durchaus erwünschten Prozeß nicht vorgehen.“

Es ist nun ganz gewiß eine hervorragende Gesellschaft, diese „völkische“, die mit Posamenten das jüdische Jericho Berlin umlagern möchte und doch nur in kleinlichem Streit sich „vertraulich“ gegenseitig abtut. Sie verkündet der Welt die Korruption, die angeblich von Juden durch ganz Germanien verbreitet wird, aber die teutschen und altteutschen Führer beschuldigen sich gegenseitig der Ehrabschneiderei, der Geheimbünderei und was noch schlimmer ist, im Dienste eben dieses Juda zu stehen. Wir haben schon einmal an Bethmanns Boort von den „Piraten der öffentlichen Meinung“ erinnert. Daß uns beim Lesen solcher Intimitäten auch noch Heinrich Heines „Disputation“ einfällt, mögen Wulle und Club vergeben. Man weiß, daß diese Erinnerung beiden gleich unangenehm ist.

Eine Rede Zeigners.

In einer stark besuchten Mitgliederversammlung der Weipziger Parteigenossen hielt der sächsische Ministerpräsident Gen. Dr. Zeigner eine Rede, in der er sagte, Deutschland befinde sich heute in der gleichen Lage wie während des Krieges. Auch heute werde Notpolitik geübt zum Ruhm einer schmalen Schicht der Besitzenden. Die Politik Cunos habe zum Ruhrtraktat getrieben. Die Hoffnung auf eine Aktion der ausländischen Arbeiterchaft hätte sich nicht erfüllt, ebensowenig habe England eingegriffen. Die Reichsregierung habe mit einer Politik eingegriffen, die, wie für jeden klar

gewesen sei, zum Bankrott Deutschlands und Europa führen müsse. Die Reichsregierung habe nichts unternommen, die Ruhrtraktion zu finanzieren. Bei der Aktion zur Stützung der Mark sei sie von den Besitzenden jämmerlich im Stich gelassen. Es sei eine Politik des Fortwärtens gewesen, die den Sturz der Mark ins Wertlose gebracht habe. Zeigner erklärte, die Technische Nothilfe habe Tants gebaut, die lediglich für den Strohentkampf bestimmt und verwendbar seien. Die Regierung des Reiches habe um die Geheimorganisation gewußt. In einer Besprechung sei Klipp und klar gesagt worden, daß um das Ruhrgebiet herum Geheimorganisationen zusammengezogen worden seien, die von der Reichswehrorganisation und aus den Ruhrtraktanten finanziert würden. Aus diesen Tatsachen erklärt sich die scharfe Erklärung der Reichsregierung gegen Sabotageakte. Dr. Zeigner kündigte an, daß die sächsische Regierung über die von ihm geschilderten Zustände in den nächsten Tagen näheres an die Öffentlichkeit bringen werde. Für die sozialdemokratische Politik gäbe es nur schärfsten Kampf oder abtreten. Es gäbe nur eins, die Partei handelt und rückt scharf und klar von der Regierung Cuno ab. Tut sie das nicht, dann mag sie sich selbst die Todesanzeige mit schwarzem Rand bestellen.

Die Versammlung endete nach weiteren Reden, wobei Gen. Alpinsti den Standpunkt des Reichstagsfraktion vertrat, mit der Ausnahme der Reichsminister der Kreis- und Bezirksleiter, die sich im Sinne der Zeignerschen Ausführungen bewegen.

Von England ist nichts zu erwarten.

Neuter begrüßt diese Aeußerung Cunos.

London, 9. August. (W.T.B.) Die Reuters Bureau hütet, wird die Erklärung des Reichskanzlers Cuno, daß Deutschland von England nichts erwarte, in maßgebenden Kreisen Cundob begrüßt. Es wird betont, daß es völlig legitim wäre, anzunehmen, daß England Deutschland aus dem von ihm selbst hervorgerufenen Wirrwarr herauszuheilen wünsche. Andererseits ist England nicht geneigt, Deutschland den bedingungslosen Verzicht auf den passiven Widerstand anzuraten. Die britische Regierung ist an der Ruhrbesetzung gänzlich unbeteiligt und kann deshalb nicht einseitig Stellung nehmen, auch nicht an der Seite der Allierten. Wie verlautet, stehen keinerlei englisch-deutsche Unterhandlungen in unmittelbarer Aussicht, in dessen wäre es nicht richtig, zu sagen, daß die Möglichkeit einer Sonderantwort gänzlich außer Frage stehe, wenn auch die britische Regierung zurzeit nicht die Absicht hege, irgend etwas zu unternehmen, was die englisch-französischen Beziehungen noch weiter trüben (embitter) würde. Die amtlichen Kreise Englands sind immer noch der Meinung, daß auf den deutschen Vorschlag eine Antwort ergehen solle, und sie würden es vorziehen, wenn ihre Antwort mit einer solchen der Allierten vereinigt würde.

London, 9. August. (E.V.) Am 30. Juli belief sich die Zahl der Arbeitslosen in England auf 1 195 600, d. h. 10 700 mehr als in der Vorwoche.

London, 9. August. (Eca.) Offiziell verlautet, daß die Antwort der englischen Regierung auf die französische Note vom 30. Juli voraussichtlich morgen abend nach Paris, abgehen wird. Die Fragen, die Poincaré an England gestellt hat, bilden heute Gegenstand der Besprechungen eines Ministerrates. Die Richtlinien, die hierbei von Baldwin vertreten worden sind, stützen sich auf Meinungsäußerungen der großen Mehrzahl der konservativen Wählerverbände ganz Englands und lassen sich etwa folgendermaßen zusammenfassen: 1. Eine Anerkennung der Ruhrbesetzung oder auch eine Gutherzigung des französischen Vorgehens ist nicht annehmbar. 2. England ist im kommenden Winter und vielleicht sogar noch früher von einer schweren wirtschaftlichen Krise bedroht. 3. Ein Bruch mit Frankreich muß auf jeden Fall vermieden werden.

Cecil und Branting bei Poincaré.

Paris, 9. August. (W.T.B.) Ministerpräsident Poincaré hat gestern nachmittag nacheinander Lord Robert Cecil und den schwedischen Botschafter Branting empfangen. Die Besprechung hatte nach den Morgenblättern in erster Linie den Entwurf des allgemeinen Hilfsvertrages zum Gegenstand, den der zeitweilige Ausschuß des Botschafterbundes für Einschränkung der Rüstungen gestern nachmittag fertiggestellt hat. Nach dem „Welt Parisien“ liegt jedoch Grund zu der Annahme vor, daß zwischen Cecil und Poincaré in ihrer nahezu einstündigen Unterredung auch sämtliche Fragen zur Sprache gekommen sind, über die gegenwärtig zwischen Paris und London verhandelt wird, und daß Poincaré Anlaß gehabt hat, sich von neuem über die Auffassung der französischen Regierung in bestimmter Form auszusprechen. Wahrscheinlich werde Cecil, der heute nach London zurückkehrt, seinen Kollegen über diese Unterredung Bericht erstatten.

Der Frankensturz.

Paris, 9. August. (W.T.B.) Nach einer Meldung des „Matin“ aus Brüssel wird binnen kurzem die Finanzkommission des belgischen Senats zusammentreten, um sich mit Maßnahmen zur Einschränkung der fortschreitenden Entwertung des belgischen Franken zu beschäftigen.

Der Kabinettsrat.

London, 9. August. (W.T.B.) Heute vormittag wurde in Downingstreet eine Vollsitzung des Kabinetts zur Erwägung der Reparations- und der Ruhrtrage abgehalten, die 2 1/2 Stunden dauerte. Lord Robert Cecil, der heute morgen aus Frankreich zurückgekehrt war und der eine längere Unterredung mit Baldwin hatte, nahm an der Sitzung teil, dagegen fehlten Lord Derby und Amern.

Neuter zufolge wird angenommen, daß noch eine oder zwei Sitzungen nötig sein werden, bis die Antwort an Frankreich endgültig gebilligt sei. Wahrscheinlich werden die britischen Schriftstücke nächste Woche veröffentlicht werden.

Baldwin fährt heute abend aufs Land und kehrt erst nächste Woche nach London zurück. Mac Kenna soll heute eine halb-stündige Unterredung mit dem Premierminister gehabt haben.

Der Kreml gestattet Auslandsblätter.

Der „Vorwärts“ bleibt verboten.

Wie wir erfahren, ist jetzt für Moskau — zum erstenmal seit dem November 1917 — der freie Verkauf einer Reihe ausländischer Zeitungen erlaubt worden, und zwar, außer dem Berliner und Pariser Volkswirtschaftsblatt, die folgenden:

- „Berliner Tageblatt“
- „Bosnische Zeitung“
- „Berliner Börsen-Courier“
- „Frankfurter Zeitung“
- „The Manchester Guardian“
- „The Daily Chronicle“
- „Daily News“
- „The Daily Herald“

Von nichtkommunistischen Arbeiterblättern wird lediglich der „Daily Herald“ zugelassen.

Der Sparauschuß des Reichstages beschloß, im Bereiche der Reichsverwaltungsämter bis zum 1. Januar 1924 die Zahl der Angestellten bis auf 6000 gegenüber 13 000 am 1. Januar 1923 abzugeben.

Gewerkschaftsbewegung

Achtung, Gewerkschaftsvorstände!

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission hat in Hinblick auf die allgemeine Lage beschlossen, heute, Freitag, eine Vorstandskonferenz stattfinden zu lassen, zu der Vertreter des A.D.G.B. und der politischen Parteien geladen werden. Ort und Zeit werden telephonisch bekanntgegeben.

Ausschuss der Gewerkschaftskommission
A.F.U.-Ortsratell

Streik der Berliner Buchdrucker!

Die in Verfolg des Beschlusses der Funktionärerversammlung der Buchdrucker und graphischen Hilfsarbeiter am Donnerstag in den Betrieben vorgenommene Abstimmung hat sich mit übergrößer Mehrheit für den Streik ausgesprochen.

Von der Streikleitung ist im Verlaufe des gestrigen Tages entsprechend dem Auftrag der Funktionäre versucht worden, den Forderungen der Arbeiterchaft Geltung zu verschaffen durch Verhandlungen mit den Unternehmern sowie dem Reichsarbeitsminister.

Da diese Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt haben, ruft die Streikleitung die Berliner Buchdrucker und graphischen Hilfsarbeiter in Buchdruckereien auf, heute morgen 7 Uhr die Betriebe stillzulegen.

Wir appellieren an die Solidarität aller Kollegen und an die Einsicht der gesamten Arbeiterschaft, daß die Buchdrucker zu diesen tief einschneidenden Maßnahmen nur unter dem Druck der für sie besonders ungünstigen Verhältnisse greifen.

Die Arbeiter- und Gewerkschaftspresse erscheint weiter. Ueber die Festlegung des Begriffs Arbeiter- und Gewerkschaftspresse haben sich die in Betracht kommenden Betriebsräte mit der Streikleitung in Verbindung zu setzen, die heute normittag im Bureau des Verbandes graphischer Hilfsarbeiter, Alte Jakobstraße 5, zu erreichen ist.

Für die Streikleitung:
E. Keller, Holz, Dörband.

Die Abstimmung der Buchdrucker und Hilfsarbeiter.

Von den 13 647 beschäftigten Mitgliedern des Vereins Berliner Buchdrucker haben sich 9091 Mitglieder an der Abstimmung beteiligt. Davon stimmten 6628 für Streik, 2319 dagegen; 14 Stimmen waren ungültig.

Von den Buchdruckerhelferarbeitern beteiligten sich an der Abstimmung 7709, wovon 7073 für den Streik und 609 für Arbeit stimmten, während 27 Stimmen ungültig waren.

Insgesamt wurden also von den 16 800 Abstimmenden
13 701 Stimmen für den Streik
abgegeben.

Am Laufe des Tages wurden nochmals Vermittlungsversuche mit den Arbeitgebern und beim Reichsarbeitsministerium gemacht, die jedoch zu keinem Ergebnis führten.

Die sozialdemokratischen Buchdrucker zum Streik.

In einer Versammlung der Funktionäre der parteigenösslichen Buchdrucker am gestrigen Abend wurde nach einem einleitenden Referat des Fraktionsvorsitzenden über die Situation folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 9. August verkommenen Funktionäre der B.B.D.-Buchdrucker erklären den aus der wirtschaftlichen Not der Arbeiterschaft geborenen Kampf für eine Folge der verblendeten Finanz- und Währungspolitik der Reichsregierung und der Lohnpolitik des Unternehmertums, die die breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung in eine Hungerkatastrophe gerieten haben, aus der sie nur noch durch den Kampf auf der breitesten Grundfläche herauszukommen vermögen. Sie werden demzufolge den mit übergrößer Mehrheit beschlossenen Kampf um ihre Lebensinteressen unbekümmert um die wirtschaftlichen und politischen Folgen mit aller zur Verfügung stehenden Macht führen und müssen alle sich ergebenden Folgen aus der verantwortlichen Leiter der Reichsregierung und des Buchdruckunternehmertums abwälzen. Die Berliner Buchdruckerchaft erwartet in ihrem schweren Kampf in einer politisch aufs äußerste gespannten Situation die Sympathie der gesamten Berliner Arbeiterschaft und der Arbeiterpresse, um so mehr, als dieser auch im Interesse der gesamten Arbeiterschaft ausgenommene Kampf auf dem Boden der gewerkschaftlichen Grundzüge bis zu seinem notwendigen Ende geführt werden wird.“

Der Fraktionsvorstand bittet alle Parteigenossen, sich im Sinne dieser Resolution in dem bevorstehenden Kampfe einzustellen und weitere Weisungen an dieser Stelle zu beachten. Zu allen Zusammenkünften ist das Parteimitgliedsbuch mitzubringen.“

Der Fraktionsvorstand.

Drohender Streik in den Buchbindereien.

Die hartnäckige Haltung der Unternehmer in den Buchbindereien hat einen Zustand herbeigeführt, der auf die Dauer unerträglich ist. Die Lohnverhandlungen sind infolgedessen auf einem toten Punkt angelangt. Seit über 3 Wochen arbeiten die Buchbinder und Buchbindereiarbeiterinnen in einem vollständig ungewissen Verhältnis. Eine feste Grundlage des Lohnes ist nicht mehr vorhanden. Die Löhne schwanken in der letzten Woche zwischen 22 000 und 24 000 M. pro Stunde in der Spitze. Zu Nachzahlungen waren die Unternehmer nicht zu bewegen. Dieser Zustand löste natürlich große Erregung unter der Buchbindereiarbeiterschaft aus und führte in vielen Betrieben zur spontanen Protestbewegung.

Die Bewegung der Buchdrucker hat natürlich auch ihre Rückwirkung auf die Buchbindereiarbeiterschaft ausgeübt, und der Beschluß der Buchdruckerarbeiterschaft, in den Kampf zu treten, wurde begeistert aufgenommen. Die Betogelassen der Grobdruckbindereien verammelten sich am Donnerstag und nahmen dort einstimmig folgende Resolution an:

„Die durch die Hungerlöhne in den Buchbindereien hervorgerufene Versammlung am 9. August, mittags 1 Uhr, auf dem Hofe des Gewerkschaftshauses, fordert Friedensrealitäten, um menschenwürdig leben zu können, ferner den Rücktritt der Regierung Cuno, die die Hauptschuld an der Verelendung der Arbeiterschaft trägt und verlangt an deren Stelle eine Arbeiter- und Bauernregierung.“

Lohnregelung für den Kohlenbergbau.

Die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft für den Stein- und Braunkohlenbergbau in den Revieren Rheinland-Westfalen, Köln, Aachen, Düren, Oberes Rheintal, Niederrhein, Sachsen, Bayern, Nieder- und Mitteldeutschland haben in der Verhandlung im Reichsarbeitsministerium am 9. August im Hinblick auf die durch die Geldentwertung geschaffene außerordentliche Lage eine Vereinbarung getroffen, wonach die Löhne der Bergarbeiter vom 6. August ab um etwa 245 Proz. erhöht werden. In dem Lohnzuschlag ist eine Abgeltung für die zwischen dem Verdienstage und dem Lohnzahlungstage zu erwartende Teuerung in einer geschätzten Höhe von 140 Proz. enthalten. Die Verhandlungen führten auf der am 8. August getroffenen Vereinbarung über die Schaffung werbeständiger Löhne im Kohlenbergbau. Die Durchschnittslöhne einschließlich des Hausstands- und Kindergeldes sind danach im Ruhrbezirk auf 2 010 000 M. je Schicht, im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau (Kernrevier) auf 1 450 800 M. je Schicht erhöht worden.

Ferner ist den Bergarbeitern der aufgeführten Bezirke als Ausgleich für die bei der letzten Lohnregelung noch nicht völlig abgegoltene Teuerung für jede in der Zeit vom 2. bis einschließlich 5. August verfallene Schicht eine Nachzahlung gewährt worden, die für den Ruhrbezirk sich auf 550 000 M., für die Kernreviere des mitteldeutschen Braunkohlenbezirks auf 383 000 M. beläuft.

Aus dem Kunstgewerbe.

Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: Bei der Firma Erich Beaumont, Berlin, Bülowstraße 9, Kunstgewerbliche Werkstätten, sind derartige Lohn- und Arbeitsverhältnisse, daß sie der Öffentlichkeit unterbreitet werden müssen. In der Woche vom 23. bis 29. Juli erhielten die seit langer Zeit beschäftigten volljährigen Arbeiterinnen einen Stundenlohn von 8 500 M.; in der Metallindustrie betrug der Stundenlohn 19 580 M. In der Woche vom 30. Juli bis 4. August erhielten sie für zwei Tage nochmals 8 500 M. und ab 1. August 11 700 M., während in dieser Woche der Lohn in der Metallindustrie für volljährige Arbeiterinnen 39 300 M. beträgt. Beschwerden sich die Arbeiterinnen, so wird erwidert, daß man doch nicht die Löhne wie in der Industrie zahlen könne, da man kunstgewerbliche Werkstätten sei, sich auch nie einem Tarif unterwerfen werde.

Dabei hat die Firma fast ausschließlich Auslandslieferungen in Luxusgruppen und drängt seit dem letzten Marktzug die Arbeiterinnen mit allen Mitteln zur Mehrleistung. Der Vertreter des Inhabers, ein Herr Watschöpple, erklärte am Dienstag der Arbeiterin Steward, daß jedes Sprechen außer zu geschäftlichen Zwecken verboten sei. Leider sind die Arbeiterinnen meist unorganisiert und der Aufführung schwer zugänglich. Gern nehmen sie kleine Geschenke von der Frau Direktor Beaumont, anstatt gemeinsam ihre Lage zu verbessern. Am Geburtstag der Frau Direktor gab es vor einigen Wochen sogar ein Willagessen mit Fleisch und Obst, und dabei war das Singen gestattet. Besonders Anlaß fanden bei der deutschrussischen Firma die Arbeiter „Deutschland über alles“ und „Heil Dir im Siegertranz“.

Vorsicht bei Lehrverträgen im Bangetwerbe.

Einzelne Innungsmeister kürzen den Lohn der Lehrlinge um 25 Proz. 15 Proz. seien zur Abgeltung des Lehrgeldes pro Woche zu zahlen und 10 Proz. würden als Spargeld einbehalten, das dem Lehrling nach Beendigung der Lehre ausgehändigt wird. Auf unsere Rückfrage wurde uns von einer Firma erklärt, es sei dies ein Beschluß der letzten Innungsverammlung.

Die bestehenden Lehrverträge sind meist ohne eine derartige Klausel abgeschlossen, da ja im Maurergewerbe es bisher nicht üblich war, Lehrgeld zu zahlen. Auch wird bei Abschluß von Lehrverträgen, wenn schon Lehrgeld gezahlt werden soll, eine feste Summe vereinbart, die bei Antritt der Lehre gezahlt werden muß. Die Innungsmeister stecken auf diese Art und Weise einen hübschen Nebenverdienst in ihre Tasche und es lohnt sich dann schon für sie, Lehrlingsgünstigkeit zu betreiben. Diese „10 Proz. Spargeld“ wurden ja unter der Aera des Gesches für den Vaterländischen Hilfsdienst vom Lohn eines jeden Jugendlichen abgezogen, angeblich um „die Jugend vor lasterhaften Ausschweifungen zu bewahren“.

Daß Spargelder heute keinen Zweck haben, wo die Papiermark wie Schnee unter der Sonne schmilzt, ist jedem klar, auch den Bauunternehmern, die ebenfalls zu den lautesten Rufnern nach werbeständigen Anlagemöglichkeiten zählen und die Flucht vor der Papiermark in die Sachwerte mitmachen. Solange die Löhne einseitig von der Innung festgelegt wurden, magte man es nicht, von dem Trinkgeld, welches gezahlt wurde, noch Abzüge zu machen. Der wahre Grund ist die tarifliche Regelung der Kostgeldsätze. Diese sind den Innungsmeistern zu hoch und liegen ihnen schwer im Magen. Sagte doch auf der Handwerkertagung in Banreuth der Obermeister Wagner:

„Die Gewerkschaften sind wesenfremde Organe die sich in das väterliche Verhältnis zwischen Lehrherr und Lehrling einschleichen. Deshalb gilt es, deren Einfluß zurückzudrängen.“

Wir aber werden auch die Gewaltigen der Innung zu überzeugen wissen, damit sie ihre Rückständigkeit aufgeben. Sollte irgend ein Lehrherr an die Eltern zwecks Änderung der bestehenden Verträge in diesem Sinne herantreten, so eruchen wir, dies zurückzuweisen, da der abgeschlossene Lehrvertrag gültig ist und nicht durch einseitige Änderung aufgehoben werden kann. Alle diejenigen, welche jetzt im Herbst neue Lehrverträge abschließen wollen, bitten wir, den Vertrag genau vor der Unterschrift durchzulesen und eine derartige Klausel nicht zuzulassen.

Abzlagszahlung in der Berliner Metallindustrie.

Am Sonnabend, den 11. August, erhalten alle Arbeiter und Arbeiterinnen über 18 Jahre eine Abzlagszahlung von 2 1/2 Millionen Mark, unter 18 Jahren 1 Million Mark.

Deutscher Metallarbeiterverband. J. M.: Cron.

Im Kunstgewerbe werden außer dem tariflich festgelegten Lohn von 68 500 M. für Facharbeiter usw. für die voll geleistete Arbeitswoche vom 28. Juli bis 5. August für Facharbeiter 200 000 M., für ungerne Arbeiter über 21 Jahre 180 000 M., für ungerne Arbeiter von 18 bis 21 Jahren und für Frauen 130 000 M. zugezahlt.

Die passive Resistenz der Berliner Elektricitätsarbeiter, die ohne irgendwelche Verständigung mit der Organisation gestern vormittag einsetzte, wurde im Laufe der Mittagsstunden beendet. Den Betrag

schaffen werde für heute die übliche Lohnzahlung, außerdem aber die Zahlung einer größeren Wirtschaftsbeteiligung in Aussicht gestellt. Gegen 3 Uhr gestern nachmittag wurde die Arbeit in allen Werken wieder aufgenommen.

Die Differenzen zwischen dem technischen Personal des Staatstheaters und dem Theatersekretär P., die sich um die rechtzeitige Lohnauszahlung drehten, sind einstweilen beigelegt und die passive Resistenz aufgegeben worden. Die endgültige Regelung soll auf dem Verwaltungsausschuß im Kultusministerium erfolgen. — Der Arbeiterrat teilt uns mit, daß die vorherige Veröffentlichung seines Berichts in der „Roten Fahne“ von ihm nicht beabsichtigt war.

Die Berliner Metallarbeiter-Verbandsdelegierten, die der B.S.P.D. angehören, werden bringend ersucht, in der heutigen Versammlung um 7 1/2 Uhr, Schulaula Weinmeisterstr. 15, bestimmt zu erscheinen.

Neue Löhne in der Ledermorenindustrie. Die Verhandlungen für die Tischler, Koffermacher, Portefeullier und Geschirrfabrikanten der Fabrikationsbetriebe ergaben eine Vereinbarung, wonach auf alle zurzeit gezahlten Zeit- als auch Akkordlöhne ohne Unterschied der Höhe des Verdienstes ein genereller Zuschlag von 110 Proz. erfolgt. Der Mindeststundenlohn für Facharbeiter beträgt für die Lohnwoche vom 3. bis 9. August 101 500 M., für Hilfsarbeiter 92 183 M. und für Stepperinnen 88 884 M. Lehrlinge erhalten im 1. Jahr 455 850 M., im 2. Jahr 557 150 M., im 5. Halbjahr 709 100 M. und im 6. Halbjahr 759 750 M. pro Woche.

Für die im Sattler-Verband organisierten Zelte- und Plänesattler beträgt der Mindeststundenlohn in derselben Woche 100 820 M.

Neue Lohnvereinbarung in der Goldblech- und Bilderrahmenindustrie. Für die Woche vom 28. Juli bis 3. August erhöhen sich die Löhne um 90 Proz. Damit beträgt der Lohn für den Facharbeiter über 22 Jahre für diese Zeit 82 940 M. Diese um 90 Proz. erhöhten Löhne werden ab 4. August um weitere 100 Proz. erhöht; damit beträgt der Tariflohn der Facharbeiter über 22 Jahre vom 4. August bis einschließlich 10. August 165 880 M. Die Funktionäre der Branche nehmen heute nachmittag 5 Uhr zu dem Ergebnis im Verwaltungssaal, Kungestr. 30, Stellung.

Die Drisoverwaltung. Im Buchhandel und der papierverarbeitenden Industrie ist bei den Verhandlungen eine endgültige Regelung über die werbeständigen Gehälter noch nicht getroffen worden. Beide Arbeitgeberverbände haben sich verpflichtet, am 11. August eine Abstimmung in Höhe von 100 Proz. des Brutto-Jahresgehalts vorzunehmen.

Der Buchdruckerstreik in Chemnitz, der seit Dienstaog voriger Woche währte, ist durch Verhandlungen am Mittwochnachmittag, die zu einer Einigung führten, beendet worden. Die Arbeit wurde gestern früh wieder aufgenommen.

Zur Schließung der Werk von Blohm u. Böh berichtet das „Hamburger Echo“, daß sämtliche 8 000 Arbeiter entlassen worden sind. In einer gestern vormittag abgehaltenen Arbeiterversammlung, die sehr erregt verlief, wurde u. a. Lohnzahlung in Goldmark und mindestens zweimalige Ausschüttung wöchentlich gefordert. Wie unser Hamburger Parteiblatte weiter erzählt, haben die Arbeiter der Vulkanwerk wegen Lohnminderungen die Arbeit gestern vormittag eingestellt.

Die Firma Blohm u. Böh hat ihren Angestellten am Mittwoch folgende Erklärung zur Unterschrift vorgelegt:

Erklärung.

Ich erkläre mich damit einverstanden, daß mein Gehalt auch in Zukunft nach den seit dem 1. April 1922 bestehenden Grundsätzen geregelt wird und verzichte ausdrücklich auf die Geltendmachung irgendwelcher Ansprüche aus Schiedsverträgen, die sich infolge Anrufung des Schlichtungsausschusses durch die Angestelltenverbände ergeben könnten.

Hamburg, 8. August 1923.

Unterschrift
Bureau:
Betrieb:

Den Angestellten wurde bedeutet, daß sie bei Verweigerung ihrer Unterschrift große Nachteile zu erwarten haben. Insbesondere sollen Vorschüsse für Kohlen- und Kleideranschaffungen oder in Raten nicht mehr gegeben werden.

Dieser Vorgang ist für die Firma Blohm u. Böh charakteristisch.

Die Landarbeiter des Landkreises Emden waren am 2. August wegen Lohnstreitigkeiten in den Zustand getreten. Diesem Streik haben sich gestern auch die Arbeiter der großen Betriebe in Emden angeschlossen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Achtung, Verwaltungsmittglieder! Die Verwaltungsausschuß findet heute nicht statt. — Die Drisoverwaltung. Verband der Buchbinder und Papiererarbeiter. Heute nachmittag 6 1/2 Uhr im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Angelerstr. 24, Versammlung aller Verwaltungsmitglieder und Betriebsräte der Zukunftsverbände einschließlich Betriebsratgeber. Bericht über die Lohnbewegung. Ein jeder Betrieb muß vertreten sein! Es können auch außerdem an der Tagesordnung interessierte Mitglieder an dieser Versammlung teilnehmen.

Achtung, Holzarbeiter! Funktionärerversammlung für alle dem Reichsanwaltschaftsamt unterliegenden Betriebe heute abend 7 1/2 Uhr im großen Saal von Altem, Behnhöhe. Bericht über die Lohnverhandlungen. — Die Mitglieder der erweiterten Verwaltung treffen sich pünktlich 6 Uhr im Vorraum des Besoldungsstellen zur Verwaltungsausschuß. — Die Drisoverwaltung.

Kommunal-, Staats-, Kreis- und Betriebsräte u. a. Sonntag vorm. 10 Uhr Volkerversammlung im Großen Saal der Bismarck-Denkmal, Grenzauer Berg. Unser Kampf gegen die weitere Verelendung. (Referent Kollege Schwanebeck.) Jeder Betrieb muß vertreten sein! — Gesamtbetriebsrat der Betriebe und Verwaltungsausschuß des Magistrats Berlin.

Verwaltungsausschuß des Magistrats Berlin. Sonntag, den 11. August, Dampferpartie nach Rorale bei Potsdam. Abfahrt um 7 1/2 Uhr vom Dampferplatz Kiel, Charlottenburg, Legeler Weg. Billets sind zu haben bei den Kollegen Hofmann, Charlottenburg, Springstr. 26; Sögel, Charlottenburg, Werner-Siemens-Str. 2; Otto, Charlottenburg, Adonisweg 56. — Verband der Maler. Der Stundenlohn der Maler für Groß-Berlin beträgt vom 10. bis einschließlich 18. August 150 000 M. — Die Drisoverwaltung.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schill, Berlin; Wirtschaft: Artur Caternann, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Götzen, Berlin; Feuilleton: R. D. Böcher, Wilmersdorf; Lokales und Sonstiges: Fritz Karst, Wilmersdorf; Anzeigen: H. Giese, Berlin.

Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 2, Dienst 1 Seilstr.

Bergmanns Zahnpasso
Rosodont
die Sparsamkeit selbst
Seit 70 Jahren bewährt

Die Verkaufszeit

in unseren Geschäftshäusern
ist bis auf weiteres

von 10-1 und 4-7 Uhr

A. Wertheim

Leipziger Straße Königstraße Moritzplatz Rosenthaler Straße

Beschwerden	Das unzufriedene Berlin	Vorschläge
-------------	--------------------------------	------------

Wie Zehlendorf den Wohnlaubenbau verhindert.

Die nachstehende wahrheitsgemäße Darstellung der mir in den Weg gelegten Hindernisse bei dem Versuch, mir eine Wohngelegenheit durch Errichtung einer Wohnlaube auf meinem eigenen Grund und Boden zu schaffen, dürfte einen interessanten Beitrag zu dem Kapitel „Wohnungsfrage“ liefern. Durch die Flucht in die Öffentlichkeit hoffe ich, daß man an höherer Stelle auf die jeder Beschreibung spottenden rüchlichen Zustände auf dem Bauamt Zehlendorf aufmerksam und dadurch nicht nur mir, sondern einer großen Masse, die sich durch Selbsthilfe gern eine Wohnung schaffen will, geholfen wird.

Bei Nikolassee, an der Potsdamer Chaussee, besitze ich in der Kolonie Neumaltheim eine Parzelle von 123 Quadratrußen mit Wasserleitung an nicht gepflasterter Straße. Ich bin verheiratet, ohne Wohnung und möchte mir gern eine Wohnlaube bauen. Unter großen Entbehrungen gelang es meiner Ehefrau und mir, nach und nach 15 000 Mauersteine und einiges junges Baumaterial zu kaufen. Auf meine im März 1923 eingereichte Bauzeichnung bewilligte mir das Bauamt Zehlendorf durch Baurat Demmler nur eine Sommerwohlaube von 7 Quadratrußen Wohnfläche — also 1 Stube —, 10 Quadratrußen Schuppen und Stall und 10 Quadratrußen offene Veranda, wie bisher sämtlichen Siedlern in Neumaltheim, mit der Begründung: Der Herr Oberpräsident von Potsdam wolle nicht, daß sich so nahe an der Milliardenkolonie Nikolassee, Panajee der Mittelstand ansiedle. Auf die beschiedene Anfrage meiner Ehefrau, wohin wir uns eventuell wegen Bezeichnung einer größeren Wohnlaube für ständige Benutzung, wie in anderen Vororten Berlins längst üblich, wenden könnten, erklärte der meine Ehefrau abfertige Beamte, Baurat Demmler, folgendes: „Unser Befehl ist endgültig. Sparen Sie sich jede weitere Mühe. Es gibt Leute, die sich an alle möglichen Instanzen wenden; das nützt ihnen jedoch nichts.“ Ein Bureaubeamter von Zehlendorf, der anscheinend Mitleid mit unserer Not hatte, sagte darauf meiner Ehefrau unter der Hand, wir sollten unter Bezug auf die Wohnlaubenerordnung ein Dispensgesuch an den Bezirksausschuß, Berlin NW. 40, Invalidenstr. 52, einreichen. Weshalb sagte uns das der Baurat Demmler nicht? Er wollte uns abschrecken, irgend welche Schritte zu unternehmen. Das Dispensgesuch mußte ich durch das Bauamt Zehlendorf an den Bezirksausschuß, Berlin, Invalidenstr. 52, einreichen und erhielt darauf vom Bezirksausschuß Berlin — Altenzeichen 1, Bd. 700, 23 — die Genehmigung zur Errichtung einer Wohnlaube von im ganzen 70 Quadratrußen Grundfläche und 4,50 Meter Höhe. Mein Dispensgesuch war das erste Gesuch dieser Art aus dem reaktionären Zehlendorf an den Bezirksausschuß. Bisher hatte das Zehlendorfer Bauamt immer verstanden, wie vorher angeführt, die Siedler vor weiteren Schritten abzuhalten. Die Zeichnung selbst sollte ich vom Bauamt Zehlendorf, an das mein genehmigtes Gesuch zurückging, erhalten. Auf wiederholte telephonische Anforderung wurde meiner Ehefrau endlich vom Bauamt Zehlendorf erklärt, die Zeichnung sei bis Sonnabend, den 16. Juni, abholbereit. Ich war daher sehr erstaunt, als meine Frau am darauffolgenden Montag mit dem Befehl von Herrn Baurat Demmler, Zehlendorf, zurückkam, der Baurat Echtermeyer vom Bauamt Zehlendorf gestatte das Bau meiner Wohnlaube nicht und wolle eine Beschwerde an den Herrn Oberpräsidenten zu Charlottenburg einreichen.

Das sind die Herren Bauräte in Zehlendorf, die dafür sorgen und mitwirken sollen, daß die Wohnungsnot und das soziale Elend behoben wird. Die eigenen ausführenden Organe des Staates handeln gegen die Gesetze und Verordnungen und suchen durch alle möglichen Schikanen das Bauen von Kleinwohnungen, die vom Staate dringend gewünscht und befürwortet werden, zu hintertreiben. Auf dem

Bezirksausschuß Berlin findet man die Handlungsweise der Herren Demmler und Echtermeyer empörend. Da werden große Vorträge über Siedlungswesen, Geburtenrückgang, Wohnungsnot usw. gehalten, Ministerien und Reichstag in Bewegung gesetzt und Beschlüsse „auf dem Papier“ gefaßt, was dem Staat Milliarden kostet, und die ausführenden Stellen lassen alles beim alten. Wir haben es ja dazu! K. S.

Der feine Mann im Bahnabteil.

Ich sitze abends in einem Nichtraucherabteil 3. Klasse der Wanneseebahn Potsdamer Bahnhof Berlin. Das Abteil ist besetzt. Wir gegenüber nahm ein älterer Herr Platz; auf seinem Schoß ruhte eine wertvolle ledergeflochtene Einholtasche, aus welcher etliche Läden hervorlugten. Der Zug setzte sich in Bewegung und zu gleicher Zeit öffnete der Herr eine Lade, greift hinein und entnimmt ihr eine Backpflaume, die er in den Mund schob. Der Steinaber wurde zu meinem Entsetzen mit elegantem Bogen unter die Bank befördert. So ging das jetzt 10 Minuten lang. In meinen Augen spiegelte sich vielleicht ein wenig Empörung, wieder, da ich im Innern an den Zorn dachte, den nach Beendigung der Fahrt den das Abteil reinigenden Beamten posten würde, wenn er die Befehrerung sah. Und so merkte mein Gegenüber wohl, daß er scharf angesehen wurde. Sah an sich herab, fand keinen Anzug in Ordnung, abgesehen keine Krawatte durch die Betätigung etwas schlief sah, erwiderte darauf meinen Blick, jedoch nur einen Moment, wurde unruhig, da er sich wohl der Unart seiner Handlung bewußt wurde und — hörte auf, die Backpflaumenreste unter den Sitz zu werfen. Vielleicht bemerkt der Betreffende auch einmal diese lächerliche Angelegenheit bei Wiedereintreten und wird sich dann sagen: Was würde nur daraus entstehen, wenn zwei oder drei erwählte Fahrnäse jeden Abteils den Platz unter der Bank als Abfallestelle ihrer Reste benutzen würden? H. R.

Unnützes Ansehen an den Fahrkartenschaltern der Hochbahn.

Der beste Ausweg, das Verträdeln wertvoller Zeit durch Anstellen am Fahrkartenschalter zu vermeiden, bleibt natürlich, sich stets mit genügend Karten im voraus zu versehen. Manchmal werden aber auch diese zur ungeliebten Zeit alle und das ist besonders peinlich, wenn man von einem belebten Bahnhof, namentlich in den Morgenstunden bei Tariferschöbungen oder Regenwetter abfahren muß. Kommt man dann z. B. an den Potsdamer Platz, so staut sich schon eine in die Hundert gehende Menschenmenge vor den Schaltern und wartet teils geduldig, teils schimpfend bis jeder an die Reihe kommt. Gibt es da keinen Ausweg, schneeller abgefertigt zu werden? O ja. Man braucht nur an den anderen Ausgang nach der Leipziger Straße zu gehen und wird da ohne zu warten seine Fahrkarte erhalten können. Untergrundbahn, an denen man sich in dieser Weise helfen kann, gibt es eine ganze Menge, so z. B. an Halleschen Tor, wo die Schalter an der Hochbahn meist überfüllt sind, während die Schalter am Bahnhof Belle-Alliance-Platz, der durch einen Tunnel mit der Hochbahn verbunden ist, nur wenig frequentiert werden. Auch an den Bahnhöfen, die für beide Richtungen getrennte Zugänge haben, sind besonders abends nach Theaterschluss die Schalter, deren Strecke zur inneren Stadt führt, überfüllt, während die Schalter der zur Endstation führenden Strecke frei sind. Das hier Gesagte trifft auch in vielen Fällen für die Stadt- und Vorortbahnen zu. Wo nicht stumpfsinnig anstellen, sondern überlegen, ob nicht eine schnellere Abfertigung möglich ist!

Wo ist nachts die Polizei?

In der Nacht vom 1. zum 2. August um 3 Uhr wurde in der Kaiser-Friedrich-Straße zu Berlin-Pankow ein Mann überfallen, der furchterlich um Hilfe schrie. Was ich ihm zu Hilfe eile, gab ich auf meiner Signalfeste jetzt eine Viertelstunde Signale ab. Doch, obwohl ich von einer Ecke zur anderen rannte, ließ sich nicht ein einziger Schupo-Beamter sehen. Wo sind denn nun eigentlich während der Nacht, wenn man einmal dringend einer Hilfe bedarf, die Beamten?

Am Tage rennen sie bald alle um. Sie sind da, wenn kleine Kinder mal auf dem Damme Fußball spielen oder mit einem kleinen Handtarran auf dem Bürgersteig fahren, wenn mal ein kleiner Hund ohne Maulkorb oder Leine herumläuft, aber des Nachts, wenn ein Mensch in Gefahr ist, ist auch nicht einer, trotz aller Rufe und Signale, da. Es muß hier also dringend Abhilfe geschaffen werden im Interesse der öffentlichen Sicherheit; denn wenn wohl auch in der Kaiser-Friedrich-Straße nur Arbeiter wohnen, haben diese doch auch ein Recht auf polizeilichen Schutz. — In der Kaiser-Friedrich-Straße an der Ecke der Brenzlauer Allee sind zu einem Neubau Mauersteine aufgebaut. Diese werden während der Nacht von einem Schupo-Beamten bewacht. Ob er nun dauernd da ist oder nur auf seinen Patrouillen, entzieht sich meiner Kenntnis. Ein Stück weiter hat ein armer alter Mann ein Stüchlein Laubland. Ihn haben die Diebe nun während der Nacht den Zaun eingestrichen und sämtliche Kartoffeln ausgerissen und gestohlen. Wie ist so etwas möglich? Während auf diese Steine aufgepaßt wird, damit auch nicht einer fortkommt, ist es möglich, daß ein Stück weiter einem armen Manne die Kartoffeln gestohlen werden. Es muß also dringend gefordert werden, daß auch in Arbeitervierteln für genügend polizeilichen Schutz während der Nacht gesorgt wird. Erich H.

Wie Wucher entsteht.

Von einem angesehenen Berliner Kaufmann, der aber nicht unserer Partei angehört, erhalten wir die folgende Aufschrift aus der hervorgeht, daß auch bei gerechtfertigten Wünschen des kleinen Kaufmannslandes diese zur vollkommenen Verhinderung der Nation führende künstliche Auspflanzung der untern Klassen Abhilfe Empörung und Ablehnung hervorruft. D. Red.

„Infolge der andauernden Kartoffelknappheit auf den hiesigen Märkten machte ich mich mit meiner Frau auf den Weg und fuhr zu einem mir bekannten Großproduzenten, bei dem ich, ohne daß mir etwa etwas geschenkt wurde, zu denselben Preisen, wie ihn ganz offiziell sämtliche Großhändler berechnet bekommen, Kartoffeln zu 4000 Mark erhielt, für die man auf den hiesigen Märkten in der Woche bis zum 1. August 9000 bis 12000 M. zahlen mußte. Für Karotten (Rohrüben erster Qualität) zahlte ich in der Woche vor dem 1. August 3500 M. und nach dem 1. August 4000 M., während der Preis auf den Märkten zwischen 15000 und 30000 M. schwankte. Für Schoten zahlte ich vor dem 1. August 4000 M. und nach dem 1. August 5000 M. pro Pfund, die in derselben Zeit hier nicht unter 2500 M. zu haben waren.“

Anschließend ist es aber wirklich nicht der Kleinhändler, sondern gerade der Großhändler, der die Preise dumm machen in die Höhe treibt, und ist es verfluchte Pflicht und Schuldigkeit der Regierung bzw. des Reichsernährungsamts oder des Polizeipräsidiums, Unterabteilung Wucheramt, sich ganz genau und allerschärfsten und zwar ohne Ansehen der Person, mit diesen Herren zu befassen. Der von mir gezahlte Preis von 4000 M. für Kartoffeln beim Produzenten, den der Großhändler damals ebenfalls zu zahlen hatte, zuzüglich einer Fracht von 500 M. pro Pfund, d. h. also für den Baggon von 200 Zentnern 10 Millionen Mark (was er nebenbei gesagt bei weitem nicht kostet), und einem Verdienst von 10 Proz., würde einen Preis von 5000 M. für den Kleinhändler ergeben, wogegen man erwarten könnte, die Ware dort mit allerhöchstens 6750 M. zu erhalten. Der über diesen Preis geforderte Betrag ist Wucher überster Art, gegen den mit aller Macht und unumschlichtig vorgegangen werden muß. Mit den Rohrüben und den Schoten, deren Produzenten bzw. Großhandelspreise ich aus eigener Erfahrung, als persönlich kennengelernt habe und gegen deren Richtigkeit kein Großhändler etwas einwenden darf, verhält es sich genauso, nur daß der Wucher bei diesen beiden Artikeln ein noch unerschämter ist!

Ich habe dem Großhändler einen Verdienst von 10 Proz. konzediert, lediglich der einfacheren Berechnung halber, halte diesen Verdienst aber in Anbetracht der heute Tag für Tag in die vielen Milliarden gehend als selbstverständlich viel zu hoch, da der weitaus größte Teil unseres Volkes die bittere Not leidet und es unter gar keinen Umständen erlaubt sein kann, daß sich einige wenige auf Kosten dieses notleidenden Volkes die Taschen in solch unverantwortlicher Weise füllen, und zwar ohne die geringste Intelligenz und

Als die Wasser fielen.

Von Otto Rung.

Daß Matti fortgelassen war, wurde Gude in den nächsten Tagen bestätigt. Er war zuletzt, sinnlos berauscht, in der Hinterstube des Tätowiermannes gesehen worden. Sicher war er jetzt an Bord eines Schiffes auf großer Fahrt, war seiner Sehnsucht nach offener See, gefaseltem Fisch und Trinken vom Stiefel des ersten Steuermanns gefolgt. In Gedanken sandte Gude ihm einen Gruß: Glückliche Reise deiner schlaffen Seele, glückliche Fahrt als Nomade zur Seel. Lebwohl, Seemann! — Seine Schwester kam an Bord, und sie gingen nach achtern. Sie fanden Gerda mit einem Zwilling an jeder Seite; als Edith kam, erhob sie sich ein wenig scheu. Gude sah ihrem Blick an, daß sie niedergeschlagen und mutlos war. Sicher war ihr heute Trübes begegnet. Doch sie schien ihre eigenen Sorgen zu beherrschen und erzählte kurz von den schwierigen Verhältnissen der Zwillinge.

Edith betrachtete kritisch, aber nicht ohne Freundlichkeit deren Haar, das neugekollt unter den feinen Hüten hing, die neuen Seidenblusen, von denen die eine rot und die andere grün war, wohl um sie voneinander zu unterscheiden, und die töricht kleinen Füße in den blanken neuen Lackschuhen. Sie lächelte nachsichtig und mit Autorität.

„Ja, was hast du dir denn gedacht?“ fragte sie zum Bruder gewandt. „Selbstverständlich habe ich, wie du sagst, ein paar Verbindungen; aber in meinen Kreisen gibt es keine Beschäftigung für junge Mädchen. Denn du meinst doch wohl nicht, daß sie dienende Stellen annehmen sollten?“

„Doch!“ flüsterte die eine der beiden Schwestern. „Das wollen wir beide gern.“

„Wir wollen uns so gern möglich machen.“ flüsterte die andere, selbst wenn wir für unser Brot arbeiten sollen.“

Edith schüttelte den Kopf: „Und dann seid ihr noch zwei obendrein!“

„Sie wollen sich sicher nicht gern trennen.“ meinte Gude, und beide Zwillinge schüttelten energisch den Kopf.

„Das wäre auch unredlich,“ kam es halbhart von Gerda. „Natürlich,“ räumte Edith ein und drehte ungewiß ihren Sonnenschirm. „Ja, was denkst du dir denn, Holger?“

Gude schüttelte unbestimmt den Kopf. Er fand die Aufgabe schwerer als irgendeine, die ihm gestellt worden war. Mit Schreden stellte er sich die beiden Mädchen auf einem Kontor vor. Das mußte furchtbar sein für sie — und für ihren Chef. Mit Tinte und Feder, das mußte ein Vermögen für Köschpapier bedeuten! Und ihm wurde eiskalt bei dem

Bedenken, daß diese kleinen infantilen Köpfchen mit Buchhalterei zu tun bekämen. —

Edith sah bekümmert auf: „Alle Stellungen sind jetzt in dieser Zeit der Arbeitslosigkeit belagert. Wenn wir etwas finden sollen, muß es schon etwas sein, wozu gar kein anderer Lust hat!“

„Haushaltung!“ sagte Gude, von einer lichten Idee erfasst. „Ach ja,“ rief der eine Zwilling aus. „Wir möchten so gern feinere Küche lernen.“

Edith nickte. Ja, das wäre immerhin etwas! „Hört,“ sagte sie, „wenn ihr Lust dazu habt, verschaffe ich euch einen Platz in der Küche des Königs, und da könnt ihr zusammenbleiben! Zuerst als Eleven. Ich kann euch einen Freiplatz verschaffen. Später wird das eine ausgezeichnete Empfehlung für euch sein.“

Die beiden Augenpaare öffneten sich weit und strahlend. „In der Küche des Königs!“ hauchten die Zwillinge. Ja, das wollten sie schrecklich gern! Gerda legte die Arme um sie und blinzelte Edith dankbar an.

Gude begleitete die Schwester durch Nyhavn zurück. „Ich werde mit Tante Hofdame sprechen,“ sagte sie, „noch heute. Ich wüßte nichts, was besser für die zwei armen Kleinen paßt. — Ich wünschte übrigens,“ lächelte sie, „daß ich selbst in der Küche des Königs geübt hätte, dann könnte ich meinem Mädchen zeigen, wie man ein Rükken brät. Jörgen war sehr unzufrieden letzten Montag und kritisierte das Essen.“

„Tat er das?“ fragte Gude überrascht.

„Ja, ist das nicht unglaublich? Früher aß er alles, was man ihm vorsetzte. Ich erinnere mich nicht, ihn je so gesehen zu haben. Er (sob keinen Stuhl mit einem Ruck zurück, ging in der Stube hin und her und hielt eine lange Rede über die überall zunehmende Faulheit und Unbrauchbarkeit.“

„Er hielt eine Rede?“

„Er tut nichts anderes in den letzten Tagen. Er guckt in alle Stuben, befiehlt alles und kritisiert. Alle die Rippgegenstände, die ich aus Vaters und Mutters Zeit habe, sollen hinausgemorfen werden, selbst die kleinen Spinnrocken und die beiden Samtkästen mit den Sonnenblumen, die Mutter gemalt hat. Er sagt, daß sie Staub fangen und stillos sind. Jetzt hat er sich doch, seit wir verheiratet sind, damit abgefunden!“

„Hm!“ sagte der Bruder, „das ist ja eine Veränderung.“

„Veränderung ist gar kein Ausdruck dafür! Jetzt will er obendrein, daß die Zimmer umgetauscht werden, so daß er selbst die Wohnstube mit den drei Fenstern zum Arbeitszimmer bekommt, und ich das kleine zweifenstrige als Salon! Darauf mußte ich heute morgen eingehen! Er hat auch angefangen, sich wieder der Hausordnung anzunehmen, und gestern ging er durch alle Hinterhauswohnungen und war unangenehm gegen die Mieter, die, wie er sagte, zu billig wohnen und noch

dazu sein Treppenhaus ramponierten. Den ganzen Tag spricht er von Reformen — gerade wie Vater seinerzeit — oder wie sein eigener Vater, der Admiral, der ja, wie du wohl weißt, ein Haustyrann in großem Format war.“

„Na,“ der Bruder räusperte sich. „Das ist ja nicht so ganz angenehm für dich!“

„Doch!“ rief sie, „gerade! Im Grunde genommen habe ich es gern so. Es kleidet ihn. Früher sah er nur an seinem Tisch, starrte vor sich hin und ließ mich für alles sorgen. Jetzt ist gleichsam frische Luft in die Stuben gekommen, ein richtiger Sturmwind! Während er herumgeht und regiert, sehe ich nur mit gefalteten Händen da und sehe ihn an. Er sieht prachtvoll aus! Gestern nach dem Frühstück ging er eine ganze Stunde im Zimmer auf und ab und sprach von der Dänischen Wert und was jetzt alles angepaßt und wieder in Gang gesetzt werden sollte. Es würde schon werden, sagte er und fluchte. Er sagte, daß du jetzt die kaufmännische Leitung der Wert übernehmen solltest.“

„Nur für kürzere Zeit,“ erklärte Gude. „Direktor Heine hat mich gebeten, als Administrator zu fungieren, bis die Wert im Gange ist.“

„Ja,“ fuhr Edith fort. „Jörgen sagte, daß er dir selbstverständlich zur Seite stehen müßte. Er bewunderte dich sehr, sagte er, aber natürlich könntest du nicht alles allein machen. Er hätte ja seine praktische Erfahrung vor dir voraus und dazu noch seine natürliche Begabung. Aber er versprach, dich zu unterstützen, wo du nicht selbst fertig werden könntest!“

„Vielen Dank,“ sagte Gude und lachte.

Sie hatten ihre Haustür erreicht. Die Schwester schlug den Schirm raschend zusammen und reichte ihm ihre kleine behandschuhte Hand. Ihre Blicke trafen sich in stummem Verstehen — wie in den Zeiten, da sie gegen die Zucht des Hauses zusammengehalten hatten. Sie lief hinein, indem sie kameradschaftlich, fast verwegene nickte; er sah, wie elastisch, wie jugendlich schiant ihre Gestalt noch war.

Es klopfte an die Tür zu Gudes Kajüte, und Herr Rüstad trat ein. In der Hand hielt er eine Kneifzange, einen Schraubenzieher und einen Hammer.

Er war am selben Morgen an Bord gekommen und gleich achtern zu Gerda gegangen. Etwas später war auch Kapitän Högelund gekommen.

Rüstad verbeugte sich höflich und bat Gude um Entschuldigung, wenn er ungelegen käme; aber er möchte gern die Kajüte eine Stunde lang für sich haben. — Er war magerer geworden, der riesige Mantel schlotterte um ihn, aber seine Muskulatur hatte gewonnen und er bewegte sich mit Kraft und Majestät. (Fortsetzung folgt.)

Mühe, ohne das geringste Risiko, da ihnen die Ware in der Zentralmarkthalle buchstäblich aus den Händen gerissen wird.

Die Wertbeständigkeit der Tarife.

Kommende Schlüsselzahlen bei Eisenbahn und Post.

In den letzten Tagen ist der Reichseisenbahnrat einberufen worden, um über die Neugestaltung der Eisenbahntarife zu beraten; spätestens bis zum 1. September sollen die sogenannten "wertbeständigen Tarife" eingeführt werden.

Der Verkehrsbeirat beim Reichspostministerium hat am Mittwoch die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der vom Reichspostministerium vorgeschlagenen Neuregelung der Post-, Postschick-, Telegraphen- und Fernsprechgeldern auf wertbeständiger Grundlage anerkannt und ferner den vom 1. September ab in Kraft tretenden Gebühren zugestimmt.

Die edle Freifrau.

Der Roman einer Heiratschwindlerin.

Mit ungewöhnlichem Raffinement arbeitete eine Heiratschwindlerin, die unter dem klangvollen Namen „Freifrau v. Bonin“ auftrat. Die „Freifrau“, die als eine Frau Rartha Relenska, geborene Boni, entlarvt wurde, verstand es, die Aufmerksamkeit vermögender Herren durch ihr selbstsicheres und elegantes Auftreten auf sich zu lenken.

10-, 20-, 50-Millionen-Scheine.

Die rasende Geldentwertung nötigt die Reichsbank, mit den Banknoten werten immer höher ins Zeug zu geben. In den nächsten Tagen werden neue Reichsbanknoten über zehn, zwanzig- und fünfzig Millionen Mark in den Verkehr gebracht werden.

Papiergeld — Altpapier.

In der Fachzeitschrift „Der Rohproduktienhandel“ wird mitgeteilt, daß unsere kleinen Geldscheine inzwischen als Altpapier wertvoller geworden sind, als sie das als Zahlungsmittel sein würden.

Veteranenbeihilfe. Die Wohlfahrtsdeputation teilt mit: Die Gemeindebehörden haben auch in diesem Jahre einen Betrag als Beihilfe an die Veteranen aus den Kriegen 1864, 1866, 1870/71 zur Verfügung gestellt.

Preiswerte Seefische. Das Ernährungsamt teilt mit: In diesen Tagen sind in Berlin wieder in größerem Umfange Dorsch, Schollen eingetroffen, die — infolge des starken Angebotes verhältnismäßig preiswert — in den Fischhandlungen sowie in den Marktstellen und auf den Wochenmärkten käuflich sind.

Preise und Löhne.

Table with 2 columns: Lebensmittelpreise in der Zentralmarkthalle (in tausend Mark) and Höchste Wochenlöhne in Berlin (in tausend Mark). Lists items like Schmalz, Margarine, Speisestärke and professions like Zimmerer, Maschinisten, Friseur.

Während also der Wochenlohn einiger Berufe allenfalls zum Erwerb von 4 Pfund Margarine oder 3 Pfund Schmalz ausreicht, kann sich der verheiratete Erwerblose 1 Pfund Margarine für seine wöchentliche Unterhaltung kaufen.

Bekleidungswarenpreise am 10. August. Sockelwoll in Berlin 31 000 (in tausend Mark). Herrenanzug, engl. Stoff, Mittelqualität 14,570, degl. Wollstoff 26,970.

Wobei insbesondere darauf hinzuweisen ist, daß die Schollen sich nicht bloß zum Braten, sondern auch zum Kochen eignen, so daß dabei das teure Bratfett erspart werden kann.

Die neuen Monatskassenspreise der Straßenbahn sind nunmehr gestiegen. Ausführungen über die Fahrpreiserhöhung sind nachzutragen. Es kosten: Monatskarten auf den Stammstrecken: 1 Linie 1 600 000 Mark, 3 Linien 2 400 000 Mark.

Früherer Bureauausfluß am Verfassungstage. Am den städtischen Beamten und Angestellten Gelegenheit zu geben, an den Verfassungskonferenzen teilzunehmen, endet der Dienst an diesem Tage bereits um 12 Uhr.

Verkehrsbildungsausschuss. Anfolge der ungeheuren Preissteigerungen in den letzten Tagen ist der Verkehrsbildungsausschuss gestiegen, für die Verfassungsjahr in der neuen Welt eine Anzahlung von 3000 Mark pro Karte zu erheben.

In Bernau feiert heute der Genosse Wilhelm Raab seinen 70. Geburtstag. Seit 40 Jahren Mitglied der Partei, gehört er heute noch dem Vorstande der Ortsgruppe an.

Die Beisetzung Harding's.

Die amerikanische Nation erwies gestern ihrem verstorbenen Präsidenten Harding die letzten Ehren. Eine lange Trauerprozession, in der sich auch der frühere Präsident Wilson befand, bewegte sich vom Weißen Hause zum Kapitol, wo der Sarg neben dem Grabe des unbekanntem Kriegers der Erde übergeben wurde.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Freitag, den 10. August:

- 6. Kreis Kreuzberg. 7 1/2 Uhr Kreismitgliederversammlung in Robes Festh. ... 11. Kreis Schöneberg. 8 Uhr Kreismitgliederversammlung in der ... 14. Kreis Neukölln. 7 Uhr in der neuen Welt, ... 16. Kreis Neukölln. Abends 8 Uhr ... 18. Kreis Neukölln. 7 1/2 Uhr im Jugendheim ...

Morgen, Sonnabend, den 11. August:

- 1. Kreis Mitte. Sonnabend großes Sommerfest für den gesamten Kreis ... 2. Kreis Wedding. Sommerfest-Veranstaltung am Sonnabend, den 11. August ... 3. Kreis Prenzlauer Berg. 24. B. Abteilung treffen für August keine ... 4. Kreis Wilmersdorf. 7 Uhr ... 11. Kreis Schöneberg. ... 12. Kreis Neukölln. ... 13. Kreis Kreuzberg. ... 14. Kreis Neukölln. ... 15. Kreis Kreuzberg. ... 16. Kreis Prenzlauer Berg. ... 17. Kreis Mitte. ... 18. Kreis Neukölln. ... 19. Kreis Kreuzberg. ... 20. Kreis Prenzlauer Berg. ...

sehen, haben allerdings mit gemischten Gefühlen von dem „Aufopfer“ der Regierung Kenntnis genommen, das rein willkürlich nur ein sogenanntes Luxusinstrument der Besitzenden herausgegriffen und mit einer in ihrer Endsumme noch nicht feststellbaren einmaligen Abgabe belegt.

Dies ist die einmütige Auffassung der Arbeitnehmer, soweit sie im Automobilverkehr als Berufskraftfahrer tätig sind. Im übrigen sind wir der Auffassung, daß die Opfer des deutschen Volkes, um zu einer Marktabwertung zu kommen, mindestens in dem Rahmen geleistet werden müssen, der durch das Programm der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag gezogen wurde.

Die Käufer, die heute für das Automobil in Betracht kommen, gruppiert eine der von uns befragten Firmen folgendermaßen und befragt damit das von anderer Seite hundertfach Wiederholte:

- a) in Deutschland lebende oder vorübergehend anwesende Ausländer mit starken Salarien; b) geschäftliche Unternehmungen, zu denen auch die große Menge der Neureichen gehört, die selbstverständlich irgendeinen Beruf, sei er auch noch so zweifelhafter Natur, haben; c) Gutsbesitzer, bei denen sich eine lebhafteste Neigung zur Anschaffung von Kraftwagen geltend macht, da der Unterhalt der Pferde, die auch in der Ruhe der kostspieligen Pflege und Fütterung bedürfen, sich immer ungünstiger gegenüber dem Automobil, das unbenutzt keinerlei Ausgaben verursacht, stellt.

Daraus geht hervor, daß von den jetzigen Automobilbesitzern der größte Teil Konjunkturgewinnler sind, noch dazu überwiegend solche, die von anderen Steuern verhältnismäßig wenig betroffen werden.

Fraglos besteht die Gefahr einer Arbeitskrise bei den Kraftfahrern, und zwar deshalb, weil Neureiche und Gutsbesitzer und Salutarier nach Beseitigung des Valutolends, aus dem sie soviel Nutzen zogen, vielfach nicht in der Lage sein werden, ihre Wagen zu bezahlen.

Ämtliche Devisenkurse.

Table with 4 columns: 9. August (Käufer/Geldkurs, Verkäufer/Briefkurs) and 8. August (Käufer/Geldkurs, Verkäufer/Briefkurs). Lists currencies like Holland, Belgien, Norweg, Dänisch, Schwedisch, Japanisch, Italienisch, Pfund Sterling, Dollar, Französisch, Brasilian, Schweizer, Spanisch, Portugiesisch, Jugoslawisch.

Wirtschaft

Automobilsteuer oder nicht?

Von der Reichsabteilung für Kraftfahrer des Deutschen Verkehrsverbundes wird uns geschrieben: Im „Vorwärts“ vom 9. August wurde in einem Artikel mit der Überschrift „Der Aufmarsch der Drückeberger“ u. a. angeführt, daß der Reichsverband der Automobilindustrie eine Eingabe an den Reichstag und an die Presse aller Schattierungen gemacht hat, in der er sich gegen die im Rudolpher eingesehene einmalige Automobilsteuerabgabe wendet.

Marx-Stresemann-Hergt-Rosenberg.

Abg. Marx (Zentrum):

Die Zentrumsfraktion hat in eingehender Aussprache die innerpolitische Lage geprüft, und ich habe namens der Fraktion folgendes zu erklären: Der Druck, der leider noch immer ungelöst auf den politischen Spannungen, die Teuerung und die Lebensmittelpreise haben im Lande einen Zustand geschaffen, wie er ernster und gefährlicher noch nie bestand. Erbitterung und Unmut beherrschen weite Kreise; wir laufen die Gefahr der allgemeinen Empörung, eines Kampfes aller gegen alle, wenn nicht ungefährdet alle verfügbaren Kräfte der Nation zur Abwehr zusammengefaßt werden. Die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit lehren uns, daß unser Volk auf sich allein angewiesen ist, daß es nur von sich selbst, von der Zusammenfassung aller Kräfte das Heil zu erwarten hat. Die Zentrumsfraktion ist der Überzeugung, daß die Möglichkeit der Sicherung der Existenz des Volkes noch gegeben ist; es wird darauf ankommen, diese Möglichkeit lehren uns, daß unser Volk auf sich allein angewiesen ist energisch auszunutzen. Dazu gehört erstens die Beschaffung eines ausreichenden Goldschages zur Beschaffung von Lebensmitteln und zur Sicherung unserer Währung, wobei jede nicht absolut notwendige Ausgabe ausgeschlossen werden muß, sodann die Schaffung werbeständiger Anlagemöglichkeiten, ferner die Ordnung des Reichshaushalts und die rückhaltlose Heranziehung aller Steuerquellen,

wobei auch vor Eingriffen in die Vermögensanlagen nicht zurückgeschreckt werden darf.

Dieser Eingriff ist unvermeidbar. Höher steht uns das Leben der Nation als der einzelne. Die Zentrumsfraktion fordert die unverzügliche Inangriffnahme dieser gesetzgeberischen Maßnahmen. Sie erklärt sich bereit, alle erforderlichen Vollmachten zur Sicherstellung zu geben. Angesichts des außerordentlichen Ernstes unserer Lage kann es nicht mehr Sache der Regierung allein sein, Mittel und Wege vorzuschlagen; auch der Reichstag selbst muß sich der Verantwortung für die Rettung des Vaterlandes voll bewußt sein. Aber auch Regierung und Parlament allein reichen nicht aus, sondern es bedarf der vereinten Anstrengung des ganzen Volkes. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Stresemann:

Die Erscheinungen, mit denen wir es zu tun haben, liegen viel tiefer, als daß sie durch einen Kabinetswechsel erledigt werden könnten. Es handelt sich um die Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen Zustände im Reich, es handelt sich um die Schicksalsfrage des Reiches, und darum hängt von dieser kurzen Logung das Schicksal des Reiches ab. Den Ruhrkampf können wir nicht aufgeben, werden ihn auch nicht abbrechen, hier stehen tatsächlich Kapitalisation und Chaos im engen Zusammenhang. Deutschlands Zusammenbruch und englische Arbeitslosigkeit sind identische Begriffe. Deutscher Bolschewismus bedeutet englischen Bolschewismus. Deutsche Wirtschaft, deutsche Kultur und deutsche Einheit können untergehen. Aber wenn man das das Sterben Deutschlands nennt, dann sterben wir nicht allein, dann stirbt Europa. (Sehr richtig!) Die Mächte sollten sich die Frage vorlegen, ob nicht ihr eigenes Interesse sie zwingt, der Zerstörung Deutschlands Einhalt zu tun, die jetzt mit vollem Bewußtsein von Frankreich betrieben wird. Wenn wir dahin kommen, daß wir die vielen Steuern ohne Inanspruchnahme der Substanz nicht zahlen können, wenn diese Garantie verringert wird, dann muß man Frankreich zurufen: Tu Pa voulu, Georges Dandin! Hat man uns nicht bis heute ohne jede Antwort gelassen auf unser Memorandum? Gibt es denn keine internationale Höflichkeit mehr, daß man uns die Antwort verweigert? Wenn Frankreich sieht, daß die Substanz sich mindert, die ihm als den Hauptgläubiger zur Verfügung stehen soll, wird ihm das endlich das Licht darüber aufgehen, daß wenn es den Ruhrkampf so wie bisher weiterführt, es selbst es dahin bringen kann, daß es weder Kohle noch Reparationen bekommt? (Beif. Zustimmung im ganzen Hause.) Schließlich sind an der Frage der Substanzverringerung auch andere Völker beteiligt, bei denen wir nicht Sympathie haben sollen, wie der Reichstagler sagte, die aber ihr eigenes Interesse leiten wird. Der Haß gegen Frankreich war einst nicht vorhanden, auch nicht im Kriege: Er ist das Produkt der französischen Politik nach dem Kriege. (Beif. Sehr wahr!) Man sagt, wir könnten es nicht vermeiden, daß wir den Krieg verloren haben. Deutsche Art ist es aber, das was verloren ging wieder aufzubauen. Und mit dem Aufbau dessen, was Deutschland verloren hat, nicht nur an materiellen, sondern auch an kulturellen Werten, wird mehr als eine Generation zu tun haben. Eine ganze Kulturpflicht haben wir verloren. Zerfallen hat man uns das, was am besten geeignet war, uns zum Träger von Reparationsleistungen zu machen: unsere wirtschaftliche Stellung. Heutzutage hat man uns weiter hingestellt als unfähig, Kolonien zu verwalten. Was wäre bei uns für ein neuer Wille zum Leben, wenn man einmal mühte: es ist wirklich Friede und das, was du schaffst, kannst du im Schatten dieses Friedens schaffen. Aber immer wieder werden wir von außen an unserer Konsolidierung gehindert. (Beif. Sehr richtig!) Ohne große Opfer können wir den Frieden nicht erhalten, das wissen wir. Wir wissen auch, daß in dem Kampf um Freiheit und Vermögen das Vermögen das Geringere und die Freiheit das Höhere ist. (Unruhe auf der äußersten Bank.)

Ein Volk kann materiell vollkommen verarmen, trotzdem kann es groß dastehen in der Geschichte. (Beif. Sturm. Zustimmung rechts u. i. d. Mitte.)

Von der Erhaltung der Substanz hängt es nicht ab, sondern es kommt darauf an, ob es seine geschichtliche Geltung und Wertung zu erhalten weiß. Auch die Wirtschaft muß der Politik dienen; wenn Staatsinteresse und Wirtschaft miteinander ringen, dann steht an erster Stelle das Interesse des Staates und nicht das der Wirtschaft. (Sehr wahr!) Auch die Elemente, die in Frankreich Deutschlands Untergang wollen, werden sich vielleicht allmählich klar über die Frage, ob sie damit ein gutes Geschäft machen, politisch und wirtschaftlich. Wir sind im Augenblick zwar machtlos, sind aber doch nicht so heruntergekommen an deutscher Seele, daß wir uns jemals den Raub des Rheinlands gefallen lassen würden. (Beif. Beifall.)

So hoffnungslos, wie sie diesmal in der Deffektivität angesehen wird, ist unsere Lage wirklich nicht. Ein Volk stirbt nur, wenn es sich nicht dazu aufrafft, sich gesund zu machen. Und wir können es auch werden, wenn wir uns jetzt dazu aufraffen. Wenn das Wort „Diktator“, das früher nur von rechts kam, das wir jetzt mit einem gewissen Erstaunen auch in der „Germania“ sowie in einem Telegramm der Eisenbahngewerkschaft lesen, eine Erweiterung der Kompetenzen des Reiches bedeute, so wäre der Ruf nach einem Diktator zu begrüßen. (Beifall.) Der Reichstagler bedarf größerer Nachmittel.

Ein Reichsbankdirektorium darf keinen Staat im Staate bilden.

(Zustimmung.) Es ist unpothetisch, daß heute das Reich noch mit den Ländern kämpfen muß. Nicht die Form findet die Persönlichkeit, sondern die starke Persönlichkeit sprengt die Form. Das parlamentarische System verhindert durchaus nicht das Aufkommen einer starken Persönlichkeit. In der Außenpolitik hat sich der Reichstag die größte Zurückhaltung auferlegt. Ebenso notwendig ist aber, daß dieselben, die die Rechte des Parlaments wahrnehmen wollen, auch die Würde des Parlaments wahren. (Stürmische Zustimmung.) Dr. Redner hat jedoch energisch für die Goldsanfte ein. Ich begrüße die Erklärung der Führer der Wirtschaft, daß sie bereit seien, die Garantie für die Anleihe zu übernehmen. Wir sehen hier zum erstenmal die Sachwerte der Wirtschaft als Säulen der Staatswirtschaft noch innen, wie sie ihre Säulen nach außen

werden sollen. Bei den Auseinandersetzungen über den Begriff „Staat und Wirtschaft“ sollten wir jetzt auch anerkennen, daß die Wirtschaft sich freiwillig erboten hat, hier zum Träger der Staatsfinanzen zu werden (Beifall rechts), und was uns das hilft nach außen und nach innen. Die Wertbeständigkeit ist angeknüpft für Post und Eisenbahnen. Wir werden aber nicht vorbeugehen können an den Löhnen und Gehältern. Wir müssen den gänzlich veränderten Verhältnissen z. B. auch bei den Zuschüssen an diejenigen Rechnung tragen, die einstmals die Träger der deutschen Kriegsanleihe waren und die jetzt einfach vor dem Hungertode stehen. (Zustimmung rechts.) Einen Appell muß ich auch richten an die Arbeitgeber und Gewerkschaften, namentlich an die im Buchdruckgewerbe. Wir dürfen in dieser Zeit, in dieser politischen Lage nicht Differenzen über Lohnnachzahlungen so ausarten lassen, daß der Druck der Zeitungen und der Noten aufhört. Welche Folgen daraus entstehen, läßt sich gar nicht übersehen. Es würde Pflicht der Regierung sein — vielleicht hat sie es schon getan —, hier als Führerin der Wirtschaft aufzutreten. Wir ist es zweifelhaft, ob wir in diesem Winter überhaupt noch über sozial Devisen verfügen werden, um die Reichsbahn aufrechtzuerhalten. Wenn wir im Kriege mit Personenzügen gefahren sind, brauchen wir jetzt nicht mit Viehzügen zu fahren und ein Preisge zu wahren, das uns im Auslande nur Schaden kann. Wir brauchen auch keine Sonderzüge für Bergungszwecke! (Zustimmung.) Es wird immer schwerer, englische Kohle zu kaufen. Sie, von links, können uns auf die Probe stellen: wir werden die deutsche Wirtschaft aufs schwerste belasten. Aber wir können die deutsche Wirtschaft nicht lahmlegen. Wir müssen in einer Zeit, in der alles darauf ankommt, daß wir wieder exportieren, soweit Aufträge vorliegen,

auch einmal Ueberstunden machen.

(Unruhe links. Zustimmung.) Daran darf es auch nicht fehlen! Aber hier handelt es sich um eine Lebensfrage, in der es keine Dogmen gibt, wie wir in der Steuerpolitik ja auch schon über liegengewordene Anschauungen hinweggegangen sind.

Wer heute den Staat wie er ist, bekapft, wirt uns in die Verhältnisse zurück, die damals vor der ersten versorgungsmäßigen Grundlage bestanden. Es handelt sich jetzt darum, gegenüber allen destruktiven Elementen, die jetzt ihre Stunde gekommen glauben, um die Anarchie herbeizuführen, und bei denen sich die Exzeme wieder die Hand reichen, das deutsche Volk aufzurufen, sich zum Staatsgedanken zu bekennen, und durch Taten in dieser Reichstagsperiode dafür zu sorgen, daß dieser Staat allem Haß von außen und dieser Wühlarbeit im Innern gegenüber so gestärkt ist, daß er gegen alle Stürme gefestigt ist. Das wird die beste Verfassungsfeste sein, die wir dazugehen können. (Lebhafte Zustimmung.) Die bürgerlichen Parteien, Händelstücken auf der Tribüne des Publikums. Präsident Böbe bittet, Kundgebungen auf der Tribüne zu unterlassen, sonst müsse er mit Ausweisungen vorgehen.)

Abg. Roenen (Komm.) zur Geschäftsordnung: Ich beantrage, die Verhandlungen eine Weile zu unterbrechen. Es befinden sich im Hause zahlreiche Delegationen aus den Betrieben Groß-Berlins, von auswärtigen Betriebsräten und auch von den größten Werken in Deutschland. Diese Arbeiter wünschen, daß nicht mehr von denen, die schon lange nicht mehr die Vertreter des Volkes sind, sondern von den Vertretern der Arbeiterschaft selbst die Stimme der Not hier erhoben wird, und ich beantrage deswegen, daß die von diesen Delegationen besonders ausgewählte Deputation hier im Reichstag zugelassen wird. (Stürmische Geächter, lebhaftes Zustimmung.)

Präsident Dörbe: Nach der Geschäftsordnung ist es natürlich unzulässig, daß Nichtmitglieder hier Zutritt erlangen. Auch ein Antrag auf Unterbrechung der Debatte mit dieser Begründung, daß Nichtmitglieder zugelassen werden sollen, ist unzulässig, eine Abstimmung darüber kann ich nicht zulassen.

Abg. Roenen: Ich werde den Arbeitern das mitteilen. (Geächter.)

Die Erklärung der Deutschnationalen.

Abg. Hergt (Dnat.): Wenn wir nicht bald etwas Großes tun, dann sehen wir in wenigen Tagen vor der allgemeinen Hungerblockade. Ein Gegensatz zwischen Stadt und Land kam auf die Dauer nicht ertragen werden. Es werden jetzt Kriegsmassnahmen verlangt, und wir dürfen nicht lange überlegen. Die Zustimmung Englands, daß die deutsche Regierung ihre Verantwortung über den passiven Widerstand zurückzieht ohne Garantien für die Öffnung von Verhandlungen geschweige denn für die Wiederkehr normalen Lebens, müssen wir auf das allerentschiedenste zurückweisen. Wir haben stets die Auffassung vertreten, daß durch den Ruhrstreik, den Frankreich und Belgien entgegen dem Versailleser Vertrag vollzogen haben, auch wir von der Fesseln dieses Vertrages frei geworden sind, daß man, nachdem wir mit militärischer Gewalt überlassen worden waren, auch in Deutschland an unsere militärische Rüstung denken sollte, daß man daran denken sollte, z. B. die allgemeine Wehrpflicht wieder einzuführen (lebhaftes Zustimmung, rechts), daß es nur natürlich wäre, wenn man auf diesen Vertragsbruch mit der Entzerrung der gegnerischen Kontrollkommission antwortete, daß man den Ausweisungen Deutscher die Ausweisung von Franzosen und Belgiern entgegenstellte, daß man den übergrößen Respekt vor der Rheinlandkommission und den anderen Kommissionen ausübte, daß man aber auch alle, aber auch wirklich alle Reparationsleistungen einstellte. Der Komplex hat sich gestern bereit erklärt, zur Aktivität überzugehen; wir hoffen, daß damit auch die einseitige übereinkünftliche Maßnahme auf die erwähnten Kommissionen aufgehört wird, und daß auch die Leistungen selbst aufhören werden. Für eine Verständigung, welche den deutschen Interessen Rechnung trägt, sind auch wir. Zurzeit kann eine Annäherung an Frankreich für uns nicht in Frage kommen. Es bleibt nur übrig, den Kampf als Deutsche allein zum strengen Ende zu führen, und wir freuen uns, daß in den letzten Tagen eine so allgemeine Einmütigkeit im Gedanken des Festhaltens und des Durchhaltens des passiven Widerstandes herbeigeführt erscheint. Auch von uns will niemand diesen Widerstand mit verbrecherischen, Anschlägen verquicken. Bei den Bergarbeitern, bei den Koksarbeitern, an Rhein und Ruhr, liegt das Schicksal Deutschlands; wir haben mit diesen Arbeitern das Vertrauen, daß sie auf die Behandlungen mit Zunderrot und Weilsche die rechte Antwort geben werden. Der Komplex muß in das Land hinaus und dieser Zuversicht immerfort Ausdruck geben, so schwer ihm die Führung der Geschäfte auch fallen mag. Drüben redet Poincaré alle acht Tage; lernen wir von ihm!

Das uns vorgelegte Wirtschaftsprogramm muß rasch und ohne Bedenken, ohne Feilschen und Abhandeln, erledigt werden, es muß im Gegenteil mit vollen Händen die Opferwilligkeit zum Tat gemacht werden!

Ueber das Ruhrproblem hinaus sind wir bereit, Aufwendungen im Stillschalten allgemeinen Arbeitgebers der Industrie und der Landwirtschaft zu machen, aber vernünftig muß dieses Opfer umgestellt werden. Die Frage der Wertbeständigkeit hat die Regierung großzügig angeknüpft. Den Valorisationsgedanken haben wir ja in das Parlament hineingetragen. Mit dem völligen Uebergang zur Wertbeständigkeit würde freilich die Papiermarkt gänzlich ruiniert und die Teuerung noch erhöht, aber dennoch liegt darin ein erheblicher Vorteil für die deutsche Wirtschaft. Wir wollen jedoch nicht verzeihen, daß alles, was hier für unseren wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau vorgeschlagen wird, nur Stützwert ist. Die Inflation ist die geringere Ursache der Wertentwertung; so riesenhaft sie erscheint — an der Geldentwertung gemessen ist sie gar nicht so groß. Man überschätze nicht, was hier auf wirtschafts- und finanzpolitischen Gebiet geschehen kann. Wir wollen einfache Steuern, damit endlich Geld in die Kassen kommt und nicht nur immer neue Bureaubeit eingeführt wird. Unsere Währung ist abhängig von der Handels- und Zahlungsbilanz und von dem Vertrauen der Welt. Da gilt es, die Art an die Wurzel

zu legen, es gilt vor allem, die Produktion zu sichern und zu heben. Das wichtigste ist: Ordnung im Lande! (Zustimmung rechts.)

Alle royalistischen Bestrebungen gegen die Verfassung verurteilen wir ebenso wie die kommunistischen.

Für seine große Anklage gegen Bayern ist der Abg. Müller-Franken die Beweise schuldig geblieben. Was haben denn die Kommunisten alles angeknüpft: Käterepublik, Verfassungsbruch usw. (Zuruf bei den Kommunisten: Was haben denn Ihre Leute gemacht?) Das alles ist erwiesen und muß verfolgt werden. Es ist Größenwahnsinn, ist direkt Verrücktheit. Vor unseren Augen wird die Reichseinheit durch Sachsen bedroht. (Zuruf links: von Bayern!) Bayern schreibt nicht derartige Briefe an den Reichskanzler. Der Redner weist auf die Verhältnisse in Südbahnen hin, wo Räubereien und Mordtaten an der Tagesordnung seien und niemand mehr seines Lebens sicher sei. Man brauche nur an Leipzig und Aue zu erinnern. (Stürmische Zurufe der Kommunisten.) Der Bürgerkrieg steht nicht erst bevor, er ist schon da. Wir verlangen, daß die Regierung dieser einseitigen Herrschaft von links ein Ende mache. Diese Wirtschaft in den Ländern muß endlich ein Ende nehmen. Wir stehen jetzt vor einer guten Ernte. Von dem Hereinbringen dieser Ernte hängt das Wohl und Wehe des deutschen Volkes ab. Durch die Landarbeiterstreiks sind aber sogar die landwirtschaftlichen Maschinen gestört und verhindert worden. Die Behörden waren da nicht an ihrem Platze. Die Reichsregierung muß von ihren verfassungsmäßigen Befugnissen rücksichtslos Gebrauch machen und widerspenstigen Ländern gegenüber gemäß Artikel 48 des Reichsinteressen durchsetzen. (Sturm links.) Wir Deutschnationalen wollen unsere Forderungen nicht in Form eines Ultimatums als Bedingung stellen. Wir erklären hiermit, daß wir im Sinne des Reichskanzlers den uns vorgelegten Vorlagen, diesen Kriegsmassnahmen, vorbehaltlos zustimmen werden. (Sturm. Beifall rechts.) Hierauf nimmt das Wort

Reichsaußenminister v. Rosenberg

zu einer kurzen Entgegnung auf die außenpolitischen Ausführungen der Redner. Der Redner weist zunächst darauf hin, daß der Grund dafür, daß er nicht so erschöpfend antwortet, wie er möchte, in der eigenartigen Situation liegt, in der wir uns außenpolitisch gerade im gegenwärtigen Augenblick befinden. Der Herr Reichskanzler hat, so fährt der Redner fort, gestern angedeutet, warum die Eigenart der Stunde so große Zurückhaltung erfordert: Bedeutende Persönlichkeiten und die brennendsten Probleme des Tages stehen anscheinend vor der Tür und ihnen können wichtige neue Schritte in Kürze folgen. Der Einbruch ins Ruhrgebiet ist nach der jetzigen Pariser Erklärung nicht erfolgt, um dadurch die unmittelbare und vollständige Zahlung der Reparationssumme zu erlangen. Frankreich hat, wie jetzt zugegeben wird, sehr wohl gewußt, daß dies selbst dann nicht erreicht werden konnte, wenn Deutschland die Ausbeutung der Kohlenbergwerke und die Steuereinzahlung durch Frankreich zugelassen hätte. Der wirtschaftliche Zweck der Aktion war nach den eigenen Worten der jetzt veröffentlichten französischen Auslassungen auf nicht mehr und auf nicht weniger gerichtet, als darauf, die wirtschaftliche und politische Organisation des Deutschen Reichs derart zu behindern, daß Deutschland die Erfüllung des Vertrages so, wie Frankreich sie sich denkt, jener Behinderung vorzieht. Das bedeutet, daß Frankreich bewußt das wirtschaftliche und politische Chaos in Deutschland herbeiführen will (Sehr richtig!), um mehr Geld aus uns herauszuholen. Wäre es nicht geradezu unsinnig, anzunehmen, daß der Vertrag von Versailles jedem beliebigen einzelnen Gläubiger das Recht geben sollte, zum Schaden der anderen Gläubiger selbständig und allein die zerlumende Hand auf deutsche Produktionsmittel zu legen? (Sehr gut!) Zu dieser Frage existiert ein Vorgang, der die Berechtigung des deutschen Rechtsstandpunktes einwandfrei beweist und nicht in Vergessenheit geraten darf. Als

die rumänische Regierung im Jahre 1919

ungarisches Staatseigentum ergreifen wollte, war es der Oberste Rat der Alliierten selbst, der sie in einer Note vom 23. August darauf aufmerksam machte, daß der Zugriff einer einzelnen Macht auf die Besitztümer der besiegten Staaten den zwischen den Alliierten vereinbarten und im Vertrag von Versailles niedergelegten Reparationsgrundsätzen widerspricht. (Hört, hört!) Man muß staunen, wie Frankreich sich jetzt über dieselben Grundsätze hinwegsetzt, die es damals den Rumänen gepredigt hat. Der Sieger im Bewußtsein seiner Macht interpretiert einen Vertrag, der das Fundament zu einem neuen, nur von Recht und Gerechtigkeit geleiteten Europa legen sollte, je nach den Bedürfnissen des Augenblicks mal in schwarz und mal in weiß und niemand findet sich, der gegen diesen Hohn auf das Rechtsempfinden der Völker protestiert. (Sehr richtig!)

Der Minister weist auf ein neuerliches Wert des Volkswirtschaftlichen Instituts in Washington hin, das sehr bemerkenswerte Berechnungen über die bereits geleisteten und noch zu leistenden deutschen Reparationsleistungen anstellt und fährt dann fort:

Daß sich die Reichsregierung über die Möglichkeit einer langen Dauer der gegenwärtigen Krise falschen Vorstellungen hingeeben habe, ist nicht richtig. Davor bewahren uns die Erfahrungen, die wir mit der Zähigkeit und der Konsequenz der Franzosen bei der Verfolgung ihrer politischen Ideen in früheren Fällen gemacht haben. Ebenso wie das Ziel der französischen Politik dahin geht, Europas Anteil auf Generationen hinaus neu zu formen, ebenso sind die Mittel, die sie zur Erreichung des Zieles anwendet, auf lange Dauer berechnet. Wie wenig angeht die starre Ablehnung des französischen Kabinetts Form und Inhalt für das Schicksal deutscher Noten maßgebend sind, zeigt unser Memorandum vom 7. Juni. Paris und Brüssel ausgenommen, war alle Welt darüber einig, daß dieses Memorandum einen Fortschritt bedeute und nicht ignoriert werden dürfe. Eine Antwort darauf ist uns trotzdem bis heute, nach mehr als zwei Monaten, nicht zuteil geworden. (Hört, hört!) Dies ist um so bemerkenswerter, als wir an der Thematik und am Ueber trotz großer Schwierigkeiten, für die wir volles Verständnis haben, eheliche Bemühungen am Werke sehen, das Problem einer vernünftigen Lösung näherzubringen. Der Abg. Müller-Franken hat vom Völkerbund gesprochen. Der hehre Gedanke einer Völkergemeinschaft, die Recht und Gerechtigkeit, Friede und Verbesserung in den Beziehungen der Völker zur Geltung bringen will, begegnet bei der Reichsregierung ungeschwächt und rückhaltlos Sympathie. Die Verkörperung, die der Gedanke in Genf gefunden hat, können wir allerdings nicht als vollkommen anerkennen. (Sehr richtig!) Und das wird niemanden überfallen, der sich der traurigen Erfahrungen erinnert, die wir mit jener Institution bei den verschiedensten Anlässen gemacht haben. Tatsache ist, daß in der Ära des Völkerbundes schwerer Mißbrauch mit rechtlicher Gewalt getrieben wird, als Europa seit langem erlebt hat. (Sehr wahr!) Universalität und unbedingtes Vertrauen zu einer unparteilichen, von niemand abhängigen Gerechtigkeit sind die einzigen sicheren Grundlagen für einen Friedensbund. Und solange diese Voraussetzungen nicht gegeben sind, wird, fürchte ich, weder ein wahrer Bund der Völker zustande kommen, noch ein wahrer Frieden in die Welt einkehren. (Tropfen erkläre ich:

Wenn Deutschland den ihm gebührenden Platz im Rufe der Völker nicht eingenommen hat, so ist nicht Mangel deutscher Bereitschaft daran schuld. Deutschland ist bereit.

Die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, liegt nicht in unserer Macht. Deutschland allein kann verhältnismäßig wenig dazu beitragen, das internationale Vertrauen wiederherzustellen und die Herrschaft des Rechtes wieder auszurichten. Aber das wenige, was in unserer Macht liegt, wollen wir unerschrocken tun und in diesem

